



Ausarbeitung

Vereinbarkeit des *Justice Against Sponsors of Terrorism Act* mit den völkerrechtlichen Grundsätzen der Staatenimmunität und Auswirkungen des Gesetzes auf die Bundesrepublik Deutschland

Vereinbarkeit des Justice Against Sponsors of Terrorism Act mit den völkerrechtlichen Grundsätzen der Staatenimmunität und Auswirkungen des Gesetzes auf die Bundesrepublik Deutschland

Aktenzeichen: WD 2 - 3000 - 134/16
Abschluss der Arbeit: 8. November 2016 (auch Zugriff auf Onlinequellen)
Fachbereich: WD 2: Auswärtiges, Völkerrecht, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Verteidigung, Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einführung	4
2.	Zum Inhalt des <i>Justice Against Sponsors of Terrorism Act</i> (JASTA)	8
2.1.	Übersicht wesentlicher Inhalte	8
2.2.	Einschätzungen und Bewertung des JASTA in US-amerikanischen Rechtsblogs	12
2.3.	Völkerrechtliche Bedenken	17
3.	Vereinbarkeit des JASTA mit den völkerrechtlichen Grundsätzen der Staatenimmunität	18
3.1.	Völkerrechtliche Grundsätze der Staatenimmunität	18
3.1.1.	Allgemeines	18
3.1.2.	VN-Übereinkommen über die Immunität der Staaten und ihres Vermögens von der Gerichtsbarkeit	19
3.1.3.	Urteil des IGH vom 3. Februar 2012: <i>Jurisdictional Immunities of the State (Deutschland gegen Italien)</i>	22
3.2.	Vereinbarkeit des JASTA mit den völkerrechtlichen Grundsätzen	25
4.	Mögliche Auswirkungen des JASTA auf die Bundesrepublik Deutschland	28
4.1.	Möglichkeit und Erfolgsaussichten von Schadensersatzklagen gegen die Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit den Ereignissen des 11. September 2001 (Hamburger Terrorzelle)	28
4.2.	Möglichkeit von Schadensersatzklagen gegen die Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit potentiellen zukünftigen terroristischen Aktivitäten auf US-amerikanischem Boden	29
5.	Anlagen	29
6.	Literaturverzeichnis	30
6.1.	Völkerrechtliche Verträge und Urteile internationaler Gerichte	30
6.2.	Nationale Rechtsquellen, behördliche Quellen und Verlautbarungen sowie Dokumente aus dem Gesetzgebungsverfahren	31
6.3.	Rechtswissenschaft	32
6.3.1.	Aufsätze, Lehrbücher und Monographien	32
6.3.2.	Artikel aus Rechtsblogs	33
6.3.3.	Stellungnahmen und Reden im Rahmen der Anhörung des <i>Subcommittee on the Constitution and Civil Justice</i> des Repräsentantenhauses am 14. Juli 2016	34
6.4.	Presseartikel und sonstige Onlinemedien	34
6.5.	Sonstiges	35

1. Einführung

Nach einem langwierigen Gesetzgebungsverfahren¹ überstimmten Senat (*Senate*) und Repräsentantenhaus (*House of Representatives*) der Vereinigten Staaten von Amerika (USA) am 28. September 2016 mit überwältigender Mehrheit das Veto von Präsident Barack Obama² und verabschiedeten hiermit den *Justice Against Sponsors of Terrorism Act* (JASTA).³ Erste Entwürfe waren bereits 2009 eingereicht worden.⁴

Übereinstimmend wird darauf hingewiesen, dass JASTA das – vom *Congress* überwiegend befürwortete – **Primärziel** verfolge, US-amerikanischen Überlebenden und Hinterbliebenen der Terroranschläge des 11. Septembers 2001 **vollstreckbare Schadensersatzklagen gegen Saudi-Arabien** wegen der **Beteiligung an den Anschlägen** und deren **(Mit-)Finanzierung** zu ermöglichen. **Hintergrund** dafür waren Klagen, die sich auf die saudi-arabische Herkunft der überwiegenden Zahl der Attentäter stützten und die von US-Gerichten unter Verweis auf die Staatenimmunität abgewiesen oder nicht angenommen wurden. Dabei hatten die Gerichte die bisherigen **Immunitätsausnahmen** des *Foreign Sovereign Immunities Act* (**FSIA**)⁵ im 28. Titel des *United States Code* (U.S.C.) mit verschiedenen Begründungen für nicht anwendbar gehalten.⁶

U. a. gingen einige Gerichte davon aus, dass sich nach § 1605 (a) Abs. 5 (*non-commercial tort*

-
- 1 Siehe hierzu die Übersicht auf der Seite des *Congress*, <https://www.congress.gov/bill/114th-congress/senate-bill/2040/actions>, sowie in der deutschsprachigen Presse u. a. Peter Winkler, Reue über die eigene Kühnheit, in: Neue Züricher Zeitung (NZZ) vom 01.10.2016, online <http://www.nzz.ch/international/amerika/usa-jasta-reue-ueber-die-eigene-kuehnheit-ld.119568> (30.09.2016); ders., Das Rätsel um 28 geheime Seiten, in: NZZ vom 13.06.2016, online <http://www.nzz.ch/international/nahost-und-afrika/saudi-arabien-und-der-terrorkomplott-von-911-das-raetsel-um-28-geheime-seiten-ld.88210> (11.06.2016), sowie Bernd Pickert, 97 zu 1 gegen Barack Obama, in: taz vom 30.09.2016, <http://www.taz.de/!5340747/>.
 - 2 *The White House: Office of the Press Secretary, Veto Message from the President -- S. 2040 to the Senate of the United States*, 23.09.2016, <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2016/09/23/veto-message-president-s2040>.
 - 3 *S.2040 - Justice Against Sponsors of Terrorism Act, Public Law No: 114-222* vom 28.09.2016, eingebracht durch Senator John Cornyn am 16.09.2015, <https://www.congress.gov/bill/114th-congress/senate-bill/2040/text>.
 - 4 Siehe dazu *Bill S.2930* vom 23.12.2009 (111. Senat), <https://www.congress.gov/bill/111th-congress/senate-bill/2930?q=%7B%22search%22%3A%5B%22S2930%22%5D%7D&resultIndex=4>.
 - 5 Zu diesem Gesetz siehe einführend (derzeit noch ohne Referenz zum JASTA) Ralph G. Steinhardt, *United States Foreign Sovereign Immunities Act (1976)*, in: Max Planck Encyclopedia of Public International Law (MPEPIL), Stand: Oktober 2013, <http://opil.ouplaw.com/view/10.1093/law:epil/9780199231690/law-9780199231690-e803>.
 - 6 Insbesondere die Ausnahmen des § 1605 (a) und (b) und des § 1605A, abrufbar über <https://www.law.cornell.edu/uscode/text/28/part-IV/chapter-97>. Siehe hierzu ausführlich – insbesondere zur bisherigen Rechtsprechung der Bundesgerichte – Steve Vladeck, *The 9/11 Civil Litigation and the Justice Against Sponsors of Terrorism Act (JASTA)*, in: Just Security, 18.04.2016, <https://www.justsecurity.org/30633/911-civil-litigation-justice-sponsors-terrorism-act-jasta/>; Thomas Pany, 9/11: Teilsieg für Opferangehörige, die gegen Saudi-Arabien klagen wollen, bei: Telepolis/Heise, 29.09.2016, <http://www.heise.de/tp/artikel/49/49551/1.html>; Patricia Zengerle, *Congress rejects Obama veto, Saudi September 11 bill becomes law*, <http://www.reuters.com/article/us-usa-sept11-saudi-idUSKCN11Y2D1>. John Bellinger kritisierte den JASTA-Gesetzgebungsprozess frühzeitig als lobbyistischen Versuch von Klagevertretungen, die Rechtslage nach verlorenen Verfahren zu ihren Gunsten zu wenden: *The ATA Amendment and Congressional Earmarks for Plaintiffs' Lawyers*, 27.12.2015 (zum Vorentwurf), <https://www.lawfareblog.com/ata-amendment-and-congressional-earmarks-plaintiffs-lawyers>.

exception) nicht nur der Schaden, sondern auch die Tathandlung auf US-Gebiet ereignet haben müsse (*entire tort rule*).⁷ Die Ausnahme des FSIA für Schadensersatz wegen Terrorismus, § 1605A (*terrorism exception*), ermöglicht nach Unterabschnitt a Abs. 2 nur Klagen gegen Staaten, deren Regierung vom US-Außenministerium nach Unterabschnitt h als **staatliche Terroris-
musunterstützer** (*state sponsors of terrorism*) eingestuft worden sind.⁸ Diese Klausel erfasst derzeit nur Syrien (seit 1979), den Iran (seit 1984) und den Sudan (seit 1993).⁹

Demgegenüber bot der *Anti-Terrorism Act (ATA)* mit § 2333 (18 U.S.C. § 2333) Betroffenen die Möglichkeit für **zivile Schadensersatzklagen** gegen Terroristinnen und Terroristen sowie gegen deren Unterstützerinnen und Unterstützer, jedoch nicht gegen Staaten.¹⁰

JASTA sieht nunmehr unter gewissen Umständen die Möglichkeit von auf Geld gerichteten **Schadensersatzklagen vor nationalen Gerichten gegen ausländische Staaten** vor. Voraussetzung ist u. a., dass diese Staaten rechtlich für die Verletzung des Lebens, der körperlichen Unversehrtheit oder des Eigentums von US-Angehörigen **auf dem Gebiet der USA** verantwortlich sind – unabhängig vom **Ort** des zugerechneten **Verhaltens** der staatlichen Organe oder der Staatsbediensteten.¹¹ Dabei soll sich der beklagte ausländische Staat vor den US-Gerichten ausdrücklich nicht auf seine **völkerrechtliche Immunität** berufen können.¹²

7 Siehe zur bisherigen **Rechtslage** nebst **Rechtsprechung** neben Vladeck, *The 9/11 Civil Litigation*, Fn. 6, die Kurzzusammenfassung der Kanzlei Clifford Chance von September 2016, *JASTA: Expanded Liability Under US Anti-Terrorism Act*, abrufbar via https://www.cliffordchance.com/briefings/2016/09/jasta_expanded_liability_under.html. Siehe ferner ausführlich Jennifer K. Elsea, *In Re Terrorist Attacks on September 11, 2001: Claims Against Saudi Defendants Under the Foreign Sovereign Immunities Act (FSIA)*, Congressional Research Services (CRS), CRS Report RL34726 (17. Mai 2016; **Anlage 2**), <https://www.fas.org/sgp/crs/misc/RL34726.pdf>.

8 Für den Text der Vorschrift siehe <https://www.law.cornell.edu/uscode/text/28/1605A>.

9 Siehe die Übersicht des U.S. Department of State, *State Sponsors of Terrorism*, <http://www.state.gov/j/ct/list/c14151.htm>.

10 Zudem war unter den Gerichten umstritten, ob Beihilfeakte von § 2333 erfasst seien – siehe dazu nun die Klärung in Abschnitt 4 des JASTA. Ausführliche Erläuterungen der bisherigen Rechtslage und ihrer Lücken finden sich bei der befürwortenden Stellungnahme von Jimmy Gurulé anlässlich der Anhörung des *Subcommittee on the Constitution and Civil Justice* des Repräsentantenhauses am 14.07.2016, <https://judiciary.house.gov/wp-content/uploads/2016/07/Gurule-Testimony-07142016-1.pdf>.

11 Siehe auch Clifford Chance, Fn. 7.

12 Abschnitt 3 des JASTA; neuer § 1605B Abs. (b) und (c) des Kapitels 97 des 28. Titels des U.S.C. (*Jurisdictional Immunities of Foreign States* – zukünftiger 28 U.S.C. 1605B).

Aus diesem Grund ist JASTA bereits frühzeitig rechtlicher und faktischer **Kritik** von Seiten der *Obama administration* sowie einiger Abgeordneter¹³, von US-Behörden wie der CIA¹⁴ und von Rechtsexpertinnen und -experten¹⁵ ausgesetzt worden. Die Mehrheit der Sachverständigen der Anhörung des *Subcommittee on the Constitution and Civil Justice* des *Judiciary Committee* des Repräsentantenhauses am 14. Juli 2016 sprach sich gegen den Entwurf aus.¹⁶ Einige Beobachterinnen und Beobachter warnten, dass das Gesetz in erster Linie den USA schaden werde. Neben wirtschaftlichen Konsequenzen könne es ähnliche Immunitätsausnahmen und Gerichtsverfahren gegen die USA, ihre Staatsbediensteten und Angehörige der Streitkräfte im Ausland zur Folge haben. Als mögliche Haftungsgründe aufgeführt werden u. a. Drohneneinsätze und militärische Unterstützung für Verbündete, darunter Israel.¹⁷

Auch Abgeordnete und Ausschüsse **anderer Parlamente** sowie **diplomatische Vertretungen** haben frühzeitig gegen das Gesetz protestiert und es als **Verletzung der nationalen Souveränität** be-

-
- 13 Siehe z. B. *The White House: Office of the Press Secretary, Press Briefing by the Press Secretary Josh Earnest*, 18.04.2016, <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2016/04/18/press-briefing-press-secretary-josh-earnest-4182016>. Siehe auch die Stellungnahme der stellvertretenden Außenministerin Botschafterin Anne Patterson im Rahmen der Ausschussanhörung vom 14.07.2016, <https://judiciary.house.gov/wp-content/uploads/2016/07/Patterson-Testimony-07142016.pdf>, sowie den Brief des Abgeordneten Adam Smith (*House Armed Services Committee*) an die Demokraten, veröffentlicht im Blog *Lawfare*, <https://www.lawfareblog.com/letter-rep-adam-smith-opposition-jasta>. Siehe ferner Seung Min Kim, *Opposition bubbles in Congress to Saudi 9/11 bill*, 25.09.2016, <http://www.politico.com/story/2016/09/saudi-arabia-veto-override-228647>.
 - 14 *Statement from Director Brennan on Justice Against Sponsors of Terrorism Act*, 28.09.2016, <https://www.cia.gov/news-information/press-releases-statements/2016-press-releases-statements/statement-from-director-brennan-on-justice-against-sponsors-of-terrorism-act.html>; s. ferner Clare Foran, *CIA Director Calls 9/11 Legislation 'Badly Misguided'*, in: *The Atlantic* vom 28.09.2016, <http://www.theatlantic.com/politics/archive/2016/09/brennan-cia-director/502070/>, sowie John Bresnahan, *Big-name ex-officials urge rejection of 9/11-Saudi bill*, 21.09.2016, <http://www.politico.com/story/2016/09/9-11-saudi-lawsuit-bill-ex-officials-228471>.
 - 15 Siehe z. B. die Blogbeiträge bei *Just Security*, <https://www.justsecurity.org/tag/justice-against-sponsors-of-terrorism-act-jasta/> und *Lawfare*, <https://www.lawfareblog.com/tagged/justice-against-state-sponsors-terrorism-act-jasta>, darunter auch frühere Berater von George W. Bush, sowie – exemplarisch – die Stellungnahme von Paul Stephan im Rahmen der Ausschussanhörung vom 14.07.2016, <https://judiciary.house.gov/wp-content/uploads/2016/07/Stephan-Testimony-07142016.pdf>.
 - 16 Alle Gutachten abrufbar unter <https://judiciary.house.gov/hearing/hearing-s-2040-justice-sponsors-terrorism-act/>. Richard Klingler und Jimmy Gurulé befürworteten den Entwurf; die übrigen fünf sprachen dagegen.
 - 17 So etwa Curtis Bradley/Jack Goldsmith, *How to Limit JASTA's Adverse Impacts*, in: *Lawfare*, 03.06.2016, <https://www.lawfareblog.com/how-limit-jastas-adverse-impact>; ebenso der frühere CIA-Agent Chet Nagle, *JASTA: The Anti-Saudi Law Will Hurt Us, Not Them*, in: *The Daily Caller*, 26.09.2016, <http://dailycaller.com/2016/09/26/jasta-the-anti-saudi-law-will-hurt-us-not-them/>; s. auch John Kruzell, *Legal Experts Say Law Allowing 9/11 Families to Sue Saudi Arabia Has Consequences*, in: *abcnews*, 28.09.2016, <http://abcnews.go.com/Politics/legal-experts-law-allowing-911-families-sue-saudia/story?id=42432568>.

zeichnet.¹⁸ Die Delegation der Europäischen Union bei den USA hatte Präsident Obama im September 2016 dazu aufgefordert, sein **Veto** einzulegen. Sie bezog sich darauf, dass der Grundsatz der **Staatenimmunität** ein **zentrales Prinzip der internationalen Rechtsordnung** darstelle und dass jede Ausnahme nicht nur zu einer Erosion des Grundsatzes beitrage, sondern die Gefahr reziproken Vorgehens seitens anderer Staaten nach sich ziehe.¹⁹ Präsident Obama begründete sein Veto u. a. mit ähnlichen **außenpolitischen und völkerrechtlichen Bedenken**:

„... JASTA would upset longstanding international principles regarding sovereign immunity, putting in place rules that, if applied globally, could have serious implications for U.S. national interests. ... Removing sovereign immunity in U.S. courts from foreign governments that are not designated as state sponsors of terrorism, based solely on allegations that such foreign governments' actions abroad had a connection to terrorism-related injuries on U.S. soil, threatens to undermine these longstanding principles that protect the United States, our forces, and our personnel...“²⁰

Nach Verabschiedung des Gesetzes werden führende Abgeordnete und Senatoren in der Presse damit zitiert, dass **Bedenken hinsichtlich potentieller Auswirkungen** des JASTA, insbesondere auf US-Truppen, nach den Präsidentschaftswahlen erneut im *Congress* diskutiert werden sollen.²¹

Im Folgenden soll zunächst der **Inhalt des JASTA** näher beleuchtet werden (2.). Sodann wird – nach Darstellung der **völkerrechtlichen Grundsätze der Staatenimmunität** (3.1.) – die Frage der Vereinbarkeit mit dem Grundsatz der **Staatenimmunität** (3.2.) erörtert. Abschließend wird der Frage der **möglichen Auswirkungen des Gesetzes auf die Bundesrepublik Deutschland** nachgegangen (4.). Dabei wird – im Rahmen des Möglichen – insbesondere berücksichtigt, ob die Bundesrepublik Deutschland von einem solchen Verfahren vor US-Gerichten betroffen sein könnte (4.1. und 4.2.).

18 So etwa die Zweite Kammer des **niederländischen Parlaments** in einem Brief vom 12.07.2016, veröffentlicht von Julian Pecquet bei Al Monitor, *EU Lawmakers warn Congress against Saudi Terrorism Bill*, 13.07.2016, <http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2016/07/european-warn-congress-saudi-terrorism-bill-jasta-911.html#ixzz4Koqusjf2>, sowie der britische Abgeordnete Tom Tugendhat, *Why a US law to let 9/11 families sue Saudi Arabia is a threat to Britain and its intelligence agencies*, 05.06.2016, in: The Telegraph, <http://www.telegraph.co.uk/news/2016/06/05/why-a-us-law-to-let-911-families-sue-saudi-arabia-is-a-threat-to/>. Siehe auch die Stellungnahme von Botschafterin Patterson, Fn. 13.

19 European Union, Delegation to the United States of America, Schreiben vom 19.09.2016, veröffentlicht von der Washington Post, 22.09.2016, <https://www.washingtonpost.com/news/powerpost/wp-content/uploads/sites/47/2016/09/EU-on-JASTA.pdf>. Ähnlich äußerten sich Rechtsexperten, die JASTA als **Symbolpolitik** einordnen, das zu jahrelangen Rechtsstreitigkeiten ohne maßgebliche Erfolgsaussichten für die Betroffenen führen werde, s. Jack Goldsmith, *President Obama Should Veto JASTA*, in: Lawfare, 14.09.2016, <https://www.lawfareblog.com/president-obama-should-veto-jasta>, ders./Vladeck, *Why Obama should veto 9/11 families bill*, CNN, 13.09.2016, <http://edition.cnn.com/2016/09/13/opinions/obama-9-11-families-bill-goldsmith-vladeck/>.

20 *The White House*, Fn. 2.

21 Patricia Zengerle/Richard Cowan, *After Rejecting Obama Veto, Lawmakers Now Have Doubts About 9/11 Law-suit Bill*, Reuters, 30.09.2016, <http://www.reuters.com/article/us-usa-sept11-saudi-congress-idUSKCN11Z25O>. Siehe ferner Seung Min Kim/Burgess Everett, *McConnell: Saudi 9/11 law could have 'unintended ramifications'*, 29.09.2016, <http://www.politico.com/story/2016/09/mitch-mcconnell-saudi-9-11-bill-228903>.

2. Zum Inhalt des *Justice Against Sponsors of Terrorism Act* (JASTA)

2.1. Übersicht wesentlicher Inhalte

Im Folgenden werden wesentliche Inhalte des JASTA dargestellt. Sein vollständiger Wortlaut kann dem Gesetzestext in **Anhang 1** entnommen werden.²²

In seinen einleitenden **Erwägungen** (*findings*; **Abschnitt 2**) benennt der *Congress* Personen oder Organisationen, die ein erhebliches Risiko für Terrorakte böten, die sich gegen die Sicherheit von US-Staatsangehörigen, die nationale Sicherheit, Außenpolitik oder Wirtschaft der USA richteten. Er führt u. a. aus, dass sich **Personen, Personengemeinschaften und Staaten**, die diesen Akteuren – **wissentlich oder leichtfertig** – **materielle Unterstützung** leisteten oder **Ressourcen** zur Verfügung stellten, notwendigerweise gegen die USA richteten. Deshalb sollten sie verständigerweise im Vorhinein damit rechnen, dass sie wegen ihres Verhaltens vor US-Gericht gestellt werden könnten:

„(6) *Persons, entities, or countries that knowingly or recklessly contribute material support or resources, directly or indirectly, to persons or organizations that pose a significant risk of committing acts of terrorism that threaten the security of nationals of the United States or the national security, foreign policy, or economy of the United States, necessarily direct their conduct at the United States, and should reasonably anticipate being brought to court in the United States to answer for such activities.*”²³

Ferner weist der *Congress* darauf hin, dass sich die **materiellen Voraussetzungen des Schadensersatzanspruches wegen Terrorismusunterstützung** aus Kapitel 113B des 18. Titels des U.S.C. ergeben. Als maßgebliche Auslegung dieser Vorschriften verweist er auf das Leiturteil *Halberstam gegen Welch* (Unterabschnitt a Abs. 4 und 5).²⁴

Der **Gesetzeszweck** bestehe nach Unterabschnitt b darin, Zivilklagen – unter Wahrung der verfassungsrechtlichen Grenzen – die weitest mögliche Grundlage zu bieten, ihre Schadensersatzforderungen gegen Personen, Personengemeinschaften und ausländische Staaten geltend zu machen. Dies beziehe sich auf jede Form (**direkter oder indirekter**) **materieller Unterstützung** von ausländischen Organisationen oder Personen, die terroristische Aktivitäten gegen die USA unternehmen:

22 Siehe für Änderungen gegenüber dem Vorentwurf auch Elsea, Fn. 7 (**Anlage 2**), S. 15 ff.

23 Siehe zu diesen und weiteren **Motiven** inkl. Beispielen auch die Rede des Mitinitiators und Vorsitzenden des *House Judiciary Committee*, Bob Goodlatte, vom 09.09.2016, *Congressional Reports – House*, 09.09.2016, H5240 ff., <https://www.congress.gov/crec/2016/09/09/CREC-2016-09-09-pt1-PgH5239-3.pdf>, sowie seine Rede bei der Ausschussanhörung vom 14.07.2016, *Goodlatte Statement at Constitution and Civil Justice Hearing on S. 2040, the “Justice Against Sponsors of Terrorism Act”*, <https://judiciary.house.gov/press-release/goodlatte-statement-constitution-civil-justice-hearing-s-2040-justice-sponsors-terrorism-act/>.

24 *United States Court of Appeals for the District of Columbia, Halberstam v. Welch*, 705 F.2d 472 (D.C. Cir. 1983). Zu diesem Urteil siehe die Erläuterungen bei Clifford Chance, Fn. 7, in der Stellungnahme von Gurulé, Fn. 10, S. 7, sowie zu den **Definitionen** des Gerichts im Bereich der Beihilfe ausführlich Elsea, Fn. 7 (**Anlage 2**), S. 16.

“(b) PURPOSE.—The purpose of this Act is to provide civil litigants with the broadest possible basis, consistent with the Constitution of the United States, to seek relief against persons, entities, and foreign countries, wherever acting and wherever they may be found, that have provided material support, directly or indirectly, to foreign organizations or persons that engage in terrorist activities against the United States.”

JASTA enthält in **Abschnitt 3 und 4** die **zentralen Rechtsänderungen**:

Abschnitt 3 (a) fügt in Kapitel 97 des 28. Titels des U.S.C. folgenden **§ 1605B** zur **„Verantwortlichkeit fremder Staaten wegen internationalen Terrorismus‘ gegen die USA“** ein:

“§ 1605B. Responsibility of foreign states for international terrorism against the United States

(a) DEFINITION.—In this section, the term ‘international terrorism’—

(1) has the meaning given the term in section 2331 of title 18, United States Code; and

(2) does not include any act of war (as defined in that section).

(b) RESPONSIBILITY OF FOREIGN STATES.—A foreign state shall not be immune from the jurisdiction of the courts of the United States in any case in which money damages are sought against a foreign state for physical injury to person or property or death occurring in the United States and caused by—

(1) an act of international terrorism in the United States; and

(2) a tortious act or acts of the foreign state, or of any official, employee, or agent of that foreign state while acting within the scope of his or her office, employment, or agency, regardless where the tortious act or acts of the foreign state occurred.

(c) CLAIMS BY NATIONALS OF THE UNITED STATES.—Notwithstanding section 2337(2) of title 18, a national of the United States may bring a claim against a foreign state in accordance with section 2333 of that title if the foreign state would not be immune under subsection (b).

(d) RULE OF CONSTRUCTION.—A foreign state shall not be subject to the jurisdiction of the courts of the United States under subsection (b) on the basis of an omission or a tortious act or acts that constitute mere negligence.”

Nach **Abs. b** des neuen Paragraphen wird die **Immunität ausländischer Staaten vor US-amerikanischen Gerichten** demnach ausdrücklich für den Fall bestimmter **ziviler Schadensersatzklagen** ausgeschlossen, die auf **Geld** gerichtet sind und nicht den **Kriegsfall** betreffen (Abs. a (2)).

Voraussetzungen für den Ausschluss der Staatenimmunität sind dem Wortlaut nach jedenfalls:

- **Erfolg:** Tod, (körperlicher) Personenschaden oder Beschädigung des Eigentums auf dem Gebiet der USA
- **1. Verletzungshandlung:** Vorliegen eines Akts internationalen Terrorismus‘ auf dem Gebiet der USA

- **2. Verletzungshandlung** (kumulativ): unerlaubte Handlung eines Staates oder seiner Amtsträger/innen, Angestellten oder Vertreter/innen in Ausführung seiner/ihrer Funktionen, **unabhängig** vom Ort der unerlaubten Handlung
- **Kausalität** zwischen dem terroristischen Akt sowie der Handlung des Staates oder des Organs einerseits und dem geltend gemachten Schaden andererseits (*caused by*)

Abs. c ermöglicht die **Klageerhebung von US-Staatsangehörigen** gegen ausländische Staaten nach § 2333 des 18. Titels des U.S.C.²⁵, wenn die Staatenimmunität aufgrund der Ausnahme des Vorabsatzes nicht ausgeschlossen ist. **Abs. d** schließt dabei Schadensersatzklagen gegen Staaten auf Grundlage von **Unterlassen** oder **einfach fahrlässigem Handeln** ausdrücklich aus.

Abschnitt 4 Unterabschnitt a fügt § 2333 des 18. Titels des U.S.C. (ATA) folgenden **Abs. d** zur **zivilrechtlichen Haftung wegen Terrorismusunterstützung** (sog. „**Sekundärhaftung**“) an:

“(d) *LIABILITY.*—

(1) *DEFINITION.*—*In this subsection, the term ‘person’ has the meaning given the term in section 1 of title 1.*

(2) *LIABILITY.*—*In an action under subsection (a) for an injury arising from an act of international terrorism committed, planned, or authorized by an organization that had been designated as a foreign terrorist organization under section 219 of the Immigration and Nationality Act (8 U.S.C. 1189), as of the date on which such act of international terrorism was committed, planned, or authorized, liability may be asserted as to any person who aids and abets, by knowingly providing substantial assistance, or who conspires with the person who committed such an act of international terrorism.”*

Dabei knüpft **Abs. 2** des neuen Unterabschnitts an Organisationen an, die nach Abschnitt 219 des *Immigration and Nationality Act* (8. Titel des U.S.C., § 1189) als **ausländische Terrororganisation** eingestuft worden sind. Die Haftung betrifft jede **Person**²⁶, die **Beihilfe** zu einem von dieser

25 Entgegen § 2337 Abs. 2 18. Titel U.S.C., der wie folgt lautet:

„No action shall be maintained under section 2333 of this title against— ...

(2) a foreign state, an agency of a foreign state, or an officer or employee of a foreign state or an agency thereof acting within his or her official capacity or under color of legal authority.“

26 In seiner Rede vom 09.09.2016 machte Mitinitiator Peter T. King (HoR) deutlich, dass der Begriff „Person“ im weiten Sinne zu verstehen sei und auch Verfahren gegen ausländische Regierungen ermöglichen solle. Siehe hierzu die *Congressional Reports, Extensions of remarks*, 14.09.2016, <https://www.congress.gov/crec/2016/09/14/CREC-2016-09-14-pt1-PgE1265-2.pdf>.

Organisation geplanten, ausgeführten oder genehmigten Terrorakt leistet oder mit ihr zusammenwirkt.²⁷

Unterabschnitt b betont, dass diese Änderungen des FSIA die Grundsätze zur Staatenimmunität unter anderen Gesetzen unberührt lasse:

“(b) *EFFECT ON FOREIGN SOVEREIGN IMMUNITIES ACT.*—Nothing in the amendment made by this section affects immunity of a foreign state, as that term is defined in section 1603 of title 28, United States Code, from jurisdiction under other law.”

Abschnitte 5 bis 7 enthalten weitere Bestimmungen zu **Verfahren** und **Geltungsbereich**.

Abschnitt 5 (a) sieht die **ausschließliche Zuständigkeit** von US-(Bundes-)Gerichten für **Verfahren gegen Staaten** nach Abschnitt 1605B des Kapitels 28 U.S.C. vor. Nach **Abschnitt 5 (c)** kann das Verfahren gegen einen Staat auf Anordnung des Gerichts hin vorübergehend²⁸ **ruhen** (*stay of actions pending negotiations*), wenn das Außenministerium **konstruktive Verhandlungen** (*bona fide*)²⁹ mit dem beklagten Staat oder mit anderen Streitparteien in Hinblick auf die geltend gemachten Schadensersatzansprüche bestätigt (Unterabschnitt c (1)). Das teilweise oder vollständige **Ruhen des Verfahrens** kann der oder die *Attorney General* (Generalstaatsanwaltschaft/Justizministerium) beantragen (Unterabschnitt (b)). Bei **Verlängerungsersuchen** (ii) scheint es dagegen kein Ermessen zu geben (*shall*).³⁰

Abschnitt 6 enthält eine **salvatorische Klausel**, wonach das übrige Gesetz, seine Änderungen und die Anwendung des JASTA auf andere Personen bzw. unter anderen Umständen bestehen bleiben, falls eine Klausel (gerichtlich) für unwirksam erklärt werden sollte.

Nach **Abschnitt 7** findet JASTA Anwendung auf **Zivilklagen**, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens anhängig waren oder danach erhoben werden, sofern sie sich auf einen Personen-, Eigentums- oder Betriebsschaden beziehen, der am oder nach dem 11. September 2001 eingetreten ist.³¹

27 Die Einführung der Sekundärhaftung gilt als Reaktion auf die Entscheidung *In re Terrorist Attacks on September 11, 2001* des *United States Court of Appeals for the Second Circuit*, siehe **Anlage 2**. Es soll der Streit zwischen US-Gerichten beigelegt werden, ob nach dem ATA auch **Beihilfeakte** Haftung auslösen können, siehe Guralé, Fn. 10, S. 2 m. w. N. Siehe zur Konzeption der Vorschrift auch die Reden des Mitinitiators und Vorsitzenden des *House Judiciary Committee*, Bob Goodlatte, Fn. 23.

28 Grundsätzlich für 180 Tage, Verlängerung ist nach Unterabschnitt c (2) möglich und i.d.R. geboten (*shall*).

29 Zu den Anforderungen an *bona-fide*-Verhandlungen aus Sicht des Mitinitiators Peter T. King (HoR) siehe seine Rede vom 09.09.2016 vor dem *Congress*, Fn. 26.

30 So jedenfalls die Lesart von Ingrid Wuerth, *Justice Against Sponsors of Terrorism Act: Initial Analysis*, in: *Lawfare*, 29.09.2016, <https://www.lawfareblog.com/justice-against-sponsors-terrorism-act-initial-analysis>.

31 Siehe hierzu Clifford Chance, Fn. 7.

2.2. Einschätzungen und Bewertung des JASTA in US-amerikanischen Rechtsblogs

An Fachartikeln zum JASTA fehlt es – soweit ersichtlich und zugänglich – derzeit noch. Allerdings haben neben der Presse einige US-amerikanische Rechtsblogs den **Gesetzgebungsprozess** kritisch beleuchtet.³² Völkerrechtliche Bedenken werden unter 2.3. aufgegriffen.

In einem Fachblogeintrag wird zunächst auf folgende **Gesetzesänderungen** hingewiesen, die der ursprüngliche Entwurf³³ zugunsten der Betroffenen herbeigeführt hätte:

1. Einschränkung der Staatensouveränität im zivilen Schadensersatzverfahren wegen unerlaubter Handlung **unabhängig vom Ort des Beihilfeaktes** (entgegen der derzeitigen Rechtsprechung)
2. ausdrückliche Fixierung der Haftung wegen **Beihilfe** zu internationalen Terrorakten eingestufte ausländischer Terrororganisationen (**FTO**)
3. Einführung der **Zuständigkeit** (*personal jurisdiction*) für Gerichtsverfahren gegen alle Personen wegen Beihilfe zu internationalen Terrorakten, die Rechtsverletzungen von US-Angehörigen hervorgerufen haben – auch für von Gerichten bereits abgewiesene Klagen
4. Abschaffung des Verbotes von Gerichtsverfahren gegen ausländische Staaten oder ihre – im Rahmen ihrer Funktionen – handelnden Amtsträger/innen oder Beauftragte (damit Ermöglichung von **Primär- und Sekundärhaftung**; entgegen der derzeitigen Rechtsprechung).³⁴

Gemessen an diesem **Ziel** und am **Vorentwurf** von April 2016³⁵ wird JASTA von einigen als **schwaches** oder zumindest als **schwächeres Instrument für die Betroffenen** und ihre **Klageaussichten gegen Saudi-Arabien** eingeordnet.³⁶ Die vier oben genannten Erleichterungen seien so stark beschränkt worden, dass das Gesetz – neben den fortbestehenden diplomatischen Bedenken – nun auch die **Erfolgsaussichten** der Überlebenden und Hinterbliebenen erheblich reduziere³⁷:

1. Der Entwurf enthalte keine **Klausel** zur *personal jurisdiction* (Nr. 3) mehr, die die Zuständigkeit der *District Courts* auf **alle Personen** ausdehnte, denen **Beihilfe** vorgeworfen werde. Somit

32 Siehe dazu bereits Fn. 15.

33 Siehe für den Vorentwurf <https://www.congress.gov/crec/2015/09/16/CREC-2015-09-16-pt1-PgS6700.pdf>, ferner für Änderungen gegenüber dem Vorentwurf auch Elsea, Fn. 7 (**Anlage 2**), S. 15 ff.

34 Vladeck, *The 9/11 Civil Litigation*, Fn. 6; ders., *The Senate Killed JASTA, Then Passed It...*, in: Just Security, 18.05.2016, <https://www.justsecurity.org/31156/senate-killed-jasta-passed-it/>. Siehe zusammenfassend auch Francesca Procaccini, *Senate Unanimously Passes JASTA, Shifting the Battleground to the House*, Mai 2016, ursprünglich veröffentlicht bei *Lawfare*.

35 Dazu ausführlich Vladeck, *The 9/11 Civil Litigation*, Fn. 6.

36 Vladeck, *The Senate Killed JASTA*, Fn. 34.

37 Vladeck, ebd.; ders., *Why President Obama Should Veto the Justice Against Sponsors of Terrorism Act*, in: Just Security, 09.09.2016, <https://www.justsecurity.org/32837/president-obama-veto-jasta/>.

könne sich JASTA nicht mehr auf frühere Verfahren auswirken, in denen die Zuständigkeit von den Gerichten bereits verneint worden sei.³⁸

2. Die **Klagemöglichkeiten gegen fremde Staaten** (Nr. 4) seien durch eine neue Formulierung stark **eingeschränkt** und so die Anforderungen für die Betroffenen wieder erhöht worden. § 2337 Abs. 2 (Fn. 25) bleibe bestehen; es werde nur eine **neue, beschränkte Ausnahme** für bestimmte unerlaubte Handlungen im Rahmen der **Primärhaftung** eingeführt.

3. Insbesondere biete die **Ruhensklausel** Bundesgerichten die Möglichkeit, solche Verfahren auf Kosten der Klägerinnen und Kläger auf unbestimmte Zeit in die Länge zu ziehen und somit ihre bisherige zurückhaltende Praxis fortzuführen.

4. Die **Regelungstechnik** (Einführung einer neuen Ausnahme) führe dazu, dass das **Vollstreckungsverfahren** erschwert und langwieriger werde. Im ursprünglichen Entwurf wäre die Vorschrift über das **Erkenntnisverfahren** verändert worden, sodass die gleichen Erleichterungen für die Vollstreckung in ausländisches Eigentum wie bei § 1605A gegolten hätten. Der neuen Ausnahme § 1605B stehe jedoch keine neue **Vollstreckungserleichterung** gegenüber, sodass der Immunitätseinwand erneut vorgebracht werden könne und durch eine andere Vollstreckungsvorschrift entkräftet werden müsse.³⁹

Andere Autoren weisen darauf hin, dass das Gesetz die **Zuständigkeiten von US-Gerichten** immerhin erheblich ausdehne und somit durchaus Raum für **Gerichtsverfahren gegen Staaten**, insbesondere gegen Saudi-Arabien, biete. So verlange die neue Ausnahme gerade **nicht**, dass auch der **haftungsbegründende Beihilfeakt für sich bereits einen terroristischen Akt** darstelle. Die Haftung können auch Personengemeinschaften erfassen, die nach bisherigem Recht nicht belangt werden könnten. Ferner seien die Schwelle für die Anwendung der **Ruhensklausel (konstruktive Verhandlungen)** und das mit ihr verbundene **Ermessen** gerade in Hinblick auf Saudi-Arabien nicht zu unterschätzen.⁴⁰ Allerdings weisen auch diese Stimmen – neben dem hohen diplomatischen und wirtschaftlichen Preis – auf zahlreiche **verfahrens-, beweis- und vollstreckungsrechtliche Hürden** für die Betroffenen hin.⁴¹

Daher regen viele Beobachter bereits **Änderungen des Gesetzes** an oder schlagen **Alternativen** vor: Nach Ansicht von *Goldsmith* sei eine schnellere und erfolgsversprechendere **Wahrheitsfindung** und **Durchsetzung einer vollstreckbaren Entschädigung** durch weitere **Untersuchungen** der

38 So etwa das Verfahren, das den Anlass für das Gesetz darstellte. Wuerth, Fn. 30, weist darauf hin, dass die oben zitierten *findings* in Abschnitt 2 noch immer auf eine **personelle Zuständigkeit** hinzuweisen scheinen. Aus ihrer Sicht könne es sich noch um ein Relikt aus dem vorherigen Entwurf handeln. Es sei nicht klar, ob die Gerichte die *findings* des *Congress* zur **Auslegung des Gesetzes** heranziehen und welche **Bedeutung** sie ihnen beimessen werden.

39 Vladeck, *The Senate Killed JASTA*, Fn. 34.

40 Jack Goldsmith, *The New JASTA is still Harmful Congressional Shirking*, in: Lawfare, 19.05.2016, <https://www.lawfareblog.com/new-jasta-still-harmful-congressional-shirking>.

41 Ebd.

saudi-arabischen Rolle seitens des *Congress* denkbar.⁴² Alternativ sei der *Congress* aufgefordert, das Gesetz – seinem ursprünglichen Zweck entsprechend – **eindeutig auf Saudi-Arabien zu beschränken** und dem Staat ausdrücklich seine Immunität zu entziehen. Dies sei nach der *Bank-Markazi*-Rechtsprechung des *Supreme Court* grundsätzlich mit der Verfassung vereinbar.⁴³ Andere wollen dem Präsidenten ein **Vetorecht** (*waiver authority*) einräumen, das ihm erlaube, die Immunitätsausnahme des JASTA in Hinblick auf bestimmte Staaten aus Gründen der **nationalen Sicherheit** aufzuheben.⁴⁴

Ingrid Wuerth weist darauf hin, dass der neue § 1605B zwar eng gefasst sei, dennoch aber Entschädigungsverfahren gegen Saudi-Arabien ebenso wie gegen alle anderen Staaten grundsätzlich ermögliche. Sie geht davon aus, dass die Vorschrift Betroffene aus **finanziellen Gründen** ermutige, wenigstens zu versuchen, Terrorattacken mit **nachlässigem oder vorsätzlichem Verhalten** von Bediensteten ausländischer Staaten in Verbindung zu bringen. Aus diesem Grund werde JASTA zu einem bedeutenden Fallaufkommen führen und letztlich Teile der US-Außenpolitik der überlappenden Kontrolle von *Congress*, Gerichten, Exekutive und klagenden Bürgerinnen und Bürgern unterwerfen.⁴⁵ Dagegen sieht sie ähnliche Schwierigkeiten im **Vollstreckungsverfahren gegen Staaten**, da JASTA die staatliche Immunität nach §§ 1609–1611 des 28. Kapitels des U.S.C. nicht abändere und die besonderen Vollstreckungsmethoden gegen staatliche Terrorismusunterstützer im Sinne des § 1605A – wie §§ 1610(a) Abs. 7 und (b) Abs. 2 – sowie andere Vollstreckungserleichterungen in staatliches Vermögen nach dem FSIA nicht anwendbar seien.⁴⁶ Allerdings geht sie von möglichen Nachbesserungen des Gesetzgebers aus, die außenpolitischen Belangen besser Rechnung trage.⁴⁷ Die **Ruhensklausel** bezeichnet *Wuerth* als Neuheit, als unausgesprochene Bestätigung der **Streitbeilegungskompetenz** des Präsidenten. In Bezug auf die **Sekundärhaftungsklausel** erwartet sie ebenfalls ein hohes Fallaufkommen, verweist aber darauf, dass §

42 Ebd.

43 Bradley/ Goldsmith, Fn. 17, zu *Supreme Court of the United States, Bank Markazi, a.k.a. the Central Bank of Iran, Petitioner v. Deborah Peterson, et al.*, Urteil vom 23.05.2016, <https://www.supremecourt.gov/Search.aspx?FileName=/docketfiles/14-770.htm>.

44 John Bellinger, *How Congress Could Fix JASTA: Give the President Waiver Authority*, in: Lawfare, 05.10.2016, <https://www.lawfareblog.com/how-congress-could-fix-jasta-give-president-waiver-authority>. Der Autor verweist auf einen Artikel, wonach sich 28 teilweise hochrangige Senatsmitglieder und Abgeordnete einen Tag nach der Abstimmung zu Änderungen bereit erklärt hätten, um unerwünschte Folgen des Gesetzes abzuwenden: Jordain Carney, *GOP leaders express reservations a day after 9/11 veto override*, in: The Hill, 29.09.2016, <http://thehill.com/policy/national-security/298530-gop-leaders-open-to-fixing-saudi-9-11-bill>. Siehe dazu auch die Nachweise in der Einführung, insbesondere Fn. 21.

45 Wuerth, Fn. 30.

46 Wuerth, Fn. 30.

47 Wuerth, Fn. 30.

2333 **nur gegen ausländische Staatsbedienstete geltend gemacht** werden könne, wenn diese **außerhalb ihrer Amtstätigkeit** gehandelt hätten.⁴⁸ Für die Immunität dieser Staatsbediensteten würden grundsätzlich andere Regeln gelten.⁴⁹ Jedoch könnten Beihilfeverfahren gegen Staatsbedienstete an § 2337 Abs. 2 scheitern, da dessen Anwendung bei Abschnitt 4 (anders als bei Abschnitt 3 (c)) nicht ausgeschlossen sei. Allerdings sei beim Handeln außerhalb der Kompetenzen häufig von Immunitäts erleichterungen auszugehen.⁵⁰

Befürworter sehen in JASTA eine **ausgewogene Erweiterung der Immunitätsausnahmen**, die auf einer gelungenen Interessenabwägung beruhe.⁵¹ § 1605B sei – im Gegensatz zur bereits bestehenden Ausnahme des § 1605A im Bereich des sog. „Staatsterrorismus“ – auf Schäden beschränkt, die auf dem US-Staatsgebiet entstünden. JASTA nehme einige Beschränkungen zurück, die die Rechtsprechung in § 1605 (a) Abs. 5 hineingelesen habe, und ermögliche damit die Entschädigung der Betroffenen. Insofern lasse die neue Ausnahme lediglich die Anwendung der **allgemeinen Grundsätze** sowie der entsprechenden rechtlichen Verteidigungsstrategien zu und biete zudem einen gewissen Abschreckungseffekt. Die **Ruhensklausel** ermögliche, den Anforderungen des Völkerrechts und der auswärtigen Beziehungen Rechnung zu tragen. Zielgerichtete Gesetzesänderungen im Anti-Terror-Bereich seien von den außenpolitischen Kompetenzen des *Congress* gedeckt. Dagegen wäre eine weitere **Untersuchung** der Vorfälle – und möglicherweise die Anordnung von Vollstreckungen in saudisches Vermögen – durch den *Congress* ein viel konfliktträchtigeres und politischeres Mittel. Der Exekutive bleibe es unbenommen, einen **zwischenstaatlichen Schlichtungsprozess** einzuleiten und den Streit auf diese Weise beizulegen.⁵²

Aus Befürwortersicht schließe JASTA die Lücke zwischen FSIA und ATA und betone dabei die **Bedeutung von Zivilklagen** bei der Bekämpfung von Terrorismus, insbesondere den abschreckenden Effekt.⁵³ Die Ausnahme zur Staatenimmunität sei jedoch durch folgende **Faktoren** eng begrenzt und somit auf **außergewöhnliche Umstände** beschränkt:

- Einführung einer geographischen Beschränkung (Schadenseintritt auf dem US-Gebiet)
- Vorliegen eines – von Gericht und Gesetzgeber eng definierten – **internationalen Terroraktes** (§ 2331 inkl. gerichtlicher Erweiterungen), damit auch Erforderlichkeit eines **extraterritorialen Nexus**

48 Wuerth, Fn. 30. Die Kanzlei Clifford Chance verweist jedoch darauf, dass viele, wenn nicht die meisten Fälle unter dem ATA – wie von JASTA gefordert – Verbindungen zu FTO aufweisen.

49 Dazu ausführlich Wuerth, *Foreign Official Immunity Determinations in U.S. Courts: The Case Against the State Department*, in: Virginia Journal of International Law, Band 51 Nr. 4 (2011), S. 915–976, <http://www.vjil.org/assets/pdfs/vol51/issue4/Wuerth.pdf>.

50 Wuerth, Fn. 30.

51 Richard Klingler, *A response to Jack's Critique of JASTA*, in: Lawfare, 27.05.2016, <https://www.lawfare-blog.com/response-jacks-critique-jasta>. Siehe auch Klinglers schriftliches Statement im Rahmen der Anhörung, <https://judiciary.house.gov/wp-content/uploads/2016/07/Klingler-Testimony-07142016.pdf>.

52 Ebd.

53 Stellungnahme von Gurulé, Fn. 10, S. 3 f. und 1.

-
- Ausschluss aller **Kriegsakte** als Ursachen für den Schaden (§ 2331) und somit Ausschluss von Verfahren wegen möglicher Kriegsverbrechen während bewaffneter Konflikte⁵⁴
 - Verbindung mit einer Terrorattacke durch eine eingestufte **FTO**
 - **Kausalität** in den engen Anforderungen der US-Rechtsprechung (*proximate cause standard*): Das Verhalten müsse eine nahe Ursache und damit einen substantiellen Faktor (*substantial factor*) bei der Schadensentstehung darstellen. Ferner müsse der Schadenseintritt als natürliche Folge des Verhaltens vernünftigerweise vorhersehbar (*reasonably foreseeable*) gewesen sein.
 - Ausschluss der **Haftung wegen einfacher Fahrlässigkeit**, sodass der Staat willentlich, absichtlich oder bewusst sorgfaltswidrig gehandelt haben müsse.
 - Klagende müssten einen **substantiellen Beitrag** des Staates zu der verantwortlichen FTO beweisen. Dies erfordere nach der Rechtsprechung mindestens **Kenntnis** von der illegalen Aktivität, zu der Beihilfe geleistet werden soll, **Unterstützungswillen** und eine **Handlung**, die zum Gelingen beitragen solle.⁵⁵

Einige sehen die Möglichkeit für die Betroffenen, **Gerechtigkeit und Entschädigung** für ihre Verluste infolge der Attacken vom 11. September 2001 **in einem Gerichtsprozess** zu erfahren und ihren Frieden mit diesen Ereignissen zu machen, als eigentliche Bedeutung des Gesetzes an. Die bisherige Aufklärung der Ereignisse, u. a. durch die eingesetzten (Militär-)Kommissionen, könne nicht kompensieren, dass die Verantwortlichen der Attentate nicht in einem großen öffentlichen Prozess mit all seiner symbolischen Bedeutung zur Verantwortung gezogen worden seien.⁵⁶

54 Stephan sieht gerade in dieser Ausschlussklausel eine **Einladung** an qualifizierte Prozessvertretungen, durch bloße Behauptung des „**Labels**“ **Terrorismus** die Grenze zwischen Terrorismus und bewaffnetem Konflikt auszutesten. Siehe Fn. 15, S. 6.

55 Gurulé, Fn. 10, S. 5 ff. mit Nachweisen und Hinweisen aus der Rechtsprechung.

56 Michel Paradis, *What's Driving The Passion Behind JASTA?*, in: Lawfare, 03.10.2016, <https://www.lawfare-blog.com/whats-driving-passion-behind-jasta>.

2.3. Völkerrechtliche Bedenken

JASTA sieht nach der Auffassung seiner Gegner in §1605B eine **weite Immunitätsausnahme** vor, die – ohne exekutive Vorkontrolle – zu unvorhersehbaren Gerichtsverfahren potentiell gegen jeden Staat vor US-Gerichten führen könnte.⁵⁷ Die Ausnahme komme einer **Privatisierung** gleich, da die Exekutive – von der Klageerhebung durch Private an – jegliche Kontrolle über die Aufhebung staatlicher Immunität verliere.⁵⁸ JASTA werde weltweit als Verstoß gegen die Grundsätze des Völkerrechts gesehen werden.⁵⁹ Diese Auffassung finde ihren Widerhall im Urteil des Internationalen Gerichtshofs (IGH) im *Immunities*-Fall Deutschland gegen Italien.⁶⁰ In diesem Fall habe der IGH entschieden, dass ein Staat – außer in sehr engen Ausnahmen – keine privaten Klagen gegen ausländische Souveräne erlauben dürfe, die sich allein auf die Behauptung von Völkerrechts- und selbst schweren Menschenrechtsverstößen stützten.⁶¹ Bereits die **Einleitung des Gerichtsverfahrens**, nicht erst das Urteil, bedeute einen Völkerrechtsverstoß.⁶² Anders als im Rahmen der Staatsterrorismusklausel – in dem die Exekutive staatliche Terrorunterstützung belegt habe – könnten sich die USA nicht darauf berufen, dass das Verfahren als **legitime Gegenmaßnahme** gerechtfertigt sei.⁶³

Befürworter sehen dagegen eine **auf außergewöhnliche Umstände begrenzte Vorschrift**, die letztlich gegenüber der schon seit 1976 vorhandenen weiten Immunitätsausnahme des § 1605 (a) Abs. 5 FSIA nicht ins Gewicht falle. Auch diese Ausnahme habe keine Flut an Klagen gegen die USA oder Einführung von Immunitätsausnahmen durch andere Staaten ausgelöst.⁶⁴ Die **Wiedergutmachung** im eigenen Land eingetretener Schäden sei ferner unmittelbarer Ausdruck der staatlichen **Souveränität** der USA.⁶⁵

57 Bradley/Goldsmith, Fn. 17.

58 Stephan, Fn. 15, S. 9.

59 Vgl. u. a. Stephan, Fn. 15, S. 3 f.

60 IGH, *Jurisdictional Immunities of the State (Germany v. Italy: Greece intervening)*, Urteil vom 03.02.2012, I.C.J. Reports 2012, S. 99 ff., <http://www.icj-cij.org/docket/files/143/16883.pdf>. Zusammenfassung des Urteils erhältlich unter <http://www.icj-cij.org/docket/files/143/16899.pdf>. Pressemitteilung abrufbar unter <http://www.icj-cij.org/docket/files/143/16897.pdf>.

61 Stephan, Fn. 15, S. 3 f.

62 Stephan, Fn. 15, S. 3 f.

63 Stephan, Fn. 15, S. 3 f.

64 Gurulé, Fn. 10, S. 8 f.

65 Klingler, Fn. 51.

3. Vereinbarkeit des JASTA mit den völkerrechtlichen Grundsätzen der Staatenimmunität

3.1. Völkerrechtliche Grundsätze der Staatenimmunität

3.1.1. Allgemeines

Der **Grundsatz der Staatenimmunität** gilt als einer der Eckpfeiler des traditionellen Völkerrechts, der u. a. mit der **souveränen Gleichheit der Staaten**⁶⁶ begründet wird, die Eingang in Art. 2 Nr. 1 der Charta der Vereinten Nationen⁶⁷ gefunden hat und als Gewohnheitsrecht anerkannt ist.⁶⁸ Zentraler Inhalt des Grundsatzes ist es, dass Gerichte des einen Staates nicht über das Verhalten anderer Staaten richten dürfen (*par in parem non habet imperium*). Umgekehrt obliegt es allein den nationalen Gerichten, das Verhalten des eigenen Staates zu beurteilen – sofern sich der Staat nicht aus freien Stücken einer anderen Gerichtsbarkeit unterwirft (z. B. durch Ratifikation des Statuts eines internationalen Gerichts oder durch Immunitätsverzicht [*wavier*] vor einem nationalen Gericht in einem konkreten Verfahren).⁶⁹

An die Stelle der historischen **absoluten Immunität** ist im 20. Jahrhundert nach einhelliger Auffassung der **Grundsatz der relativen Staatenimmunität** getreten. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass sich einige allgemein **anerkannte Ausnahmen** herausgeprägt haben. Einer der Gründe hierfür war die zunehmende **wirtschaftliche Betätigung** von Staaten: Der Staat als Wirtschaftsakteur sollte – auch im Vergleich zu anderen Wirtschaftsakteuren – nicht die gleichen Privilegien genießen wie der Staat in Ausübung seiner **hoheitlichen Funktionen**.⁷⁰ Deshalb wird heute in der völkerrechtlichen Lehre zwischen **acta iure imperii** und **acta iure gestionis** unterschieden, wobei die Abgrenzung kompliziert und umstritten sein kann.⁷¹ In der Konsequenz dürfen **Hoheitsakte** grundsätzlich nicht durch nationale Gerichte eines anderen Staates überprüft oder aufgehoben werden.⁷² Somit ist bei **acta iure imperii** bereits die Einleitung eines (Gerichts-)Verfahrens

66 Siehe hierzu einfürend Bardo Fassbender, Die souveräne Gleichheit der Staaten – ein angefochtenes Grundprinzip des Völkerrechts, 15.10.2004, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 43/2004, <http://www.bpb.de/az/puz/28034/die-souveraene-gleichheit-der-staaten-ein-angefochtenes-grundprinzip-des-voelkerrechts?p=all>. Siehe ferner bestätigend den IGH im *Immunities*-Fall, Fn. 60, Rn. 57.

67 *Charter of the United Nations*, San Francisco, 26.06.1945, in Kraft getreten am 24.10.1945, <https://treaties.un.org/doc/Publication/CTC/uncharter-all-lang.pdf>, BGBl. 1973 II S. 430 f. Nicht amtliche deutsche Übersetzung abrufbar unter <http://www.unric.org/html/german/pdf/charta.pdf>.

68 Siehe z.B. Andreas von Arnould, Völkerrecht, Heidelberg u. a.: C. F. Müller, 2. Auflage 2014, Rn. 320, 313 ff.; Marcel Kau, Der Staat und der Einzelne als Völkerrechtssubjekte, in: Wolfgang Graf Vitzthum/Alexander Proelß (Hrsg.), Völkerrecht, Berlin/Boston: De Gruyter, 7. Auflage 2016, Dritter Abschnitt, S. 133–246, Rn. 87 ff.

69 von Arnould, Fn. 68, Rn. 323, 313 ff.; Kau, Fn. 68, Rn. 89 ff.

70 Siehe zur historischen Entwicklung z. B. Peter-Tobias Stoll, *State Immunity*, in: MPEPIL (Stand: April 2011), <http://opil.ouplaw.com/view/10.1093/law:epil/9780199231690/law-9780199231690-e1106>, Rn. 4 ff.; Kau, Fn. 68, Rn. 90.

71 Allg. Auffassung, siehe etwa von Arnould, Fn. 68, Rn. 323; Kau, Fn. 68, Rn. 90.

72 von Arnould, Fn. 68, Rn. 323.

unzulässig. Bei **privatwirtschaftlichem Handeln eines Staates** sind Erkenntnisverfahren durchaus erlaubt. Allerdings bestehen im **Vollstreckungsverfahren** Grenzen, da die **Zwangsvollstreckung** in staatliches Vermögen, das hoheitlichen Zwecken dient, ausgeschlossen ist.⁷³

Zu unterscheiden ist ferner zwischen **Staatenimmunität** und der (funktionalen und je nach Organ ggf. persönlichen) **Immunität von Staatsorganen** für **hoheitliches Handeln**, die sich aus ersterer ergibt. Die **Durchbrechung** beider Immunitätsarten unterliegt jedoch unterschiedlichen Regeln.⁷⁴

3.1.2. VN-Übereinkommen über die Immunität der Staaten und ihres Vermögens von der Gerichtsbarkeit

Ergebnis langjähriger internationaler Verhandlungen⁷⁵ um den Stand des Immunitätsrecht – gerade vor dem Hintergrund wachsender wirtschaftlicher Betätigung der Staaten im Ausland – ist das *Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Immunität der Staaten und ihres Vermögens von der Gerichtsbarkeit* (UNCSI).⁷⁶ Der Vertragstext ist von der VN-Generalversammlung angenommen worden; die Konvention ist **allerdings (noch) nicht in Kraft getreten**, da sie erst 21 der nötigen 30 Mitgliedstaaten ratifiziert haben. Weder die **USA** noch die **Bundesrepublik Deutschland** haben das Übereinkommen bislang gezeichnet oder ratifiziert.⁷⁷ Obwohl die Konvention damit zum jetzigen Zeitpunkt **nicht als geltendes Völkerrecht bewertet werden kann**, sollen ihre Inhalte im Folgenden kurz dargestellt werden. Grund dafür ist, dass der Internationale Gerichtshof (IGH) und die Literatur die Inhalte der Konvention u. a. zur Beurteilung des **aktuellen Standes des Völkergewohnheitsrechts** heranziehen.⁷⁸

73 von Arnauld, Fn. 68, Rn. 324; Kau, Fn. 68, Rn. 93.

74 Siehe den Überblick bei von Arnauld, Fn. 68, Rn. 327–333. Zum Ganzen ausführlich Stoll, Fn. 70.

75 Auf **europäischer Ebene** sind insbesondere das **Europäische Übereinkommen über Staatenimmunität** vom 16.05.1972 (**Baseler Abkommen**), für Deutschland am 16.08.1990 in Kraft getreten (BGBl. 1990 II, S. 34), sowie das Urteil des **Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte** (EGMR), *Al-Adsani gegen das Vereinigte Königreich* vom 21.11.2001 (Beschwerde-Nr. 35763/97), abrufbar unter <http://hudoc.echr.coe.int/eng?i=001-59885>, deutsche Zusammenfassung des Rechtsinformationssystems des österreichischen Bundeskanzleramts unter https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Justiz&Dokumentnummer=JIT_20011121_AUSL000_000BSW35763_9700000_000, zu erwähnen.

76 *United Nations Convention on Jurisdictional Immunities of States and Their Property*, New York, 02.12.2004, angenommen von der VN-Generalversammlung in ihrer 65. Plenarsitzung durch Resolution A/59/38 vom 02.12.2004, https://treaties.un.org/doc/source/RecentTexts/English_3_13.pdf. Siehe zur Entstehung der Konvention und zu den verschiedenen Vorschlägen ausführlich Gerhard Hafner, *United Nations Convention on Jurisdictional Immunities of States and Their Property (2004)*, in: MPEPIL, Stand: Juli 2010, <http://opil.oup.com/view/10.1093/law:epil/9780199231690/law-9780199231690-e549>.

77 Siehe hierzu die Statusübersicht unter https://treaties.un.org/Pages/ViewDetails.aspx?src=IND&mtmsg_no=III-13&chapter=3&clang=en.

78 Siehe hierzu 3.1.3.

Art. 5 UNCSI formuliert den **Grundsatz der Staatenimmunität** wie folgt⁷⁹:

„Ein Staat genießt nach Maßgabe dieses Übereinkommens in Bezug auf sich selbst und sein Vermögen Immunität von der Gerichtsbarkeit eines anderen Staates vor dessen Gerichten.“

Nach **Art. 6 Abs. 1 UNCSI** ergibt sich daraus folgende **Verpflichtung** der Staaten:

„Ein Staat wendet die in Artikel 5 vorgesehene Staatenimmunität an, indem er davon absieht, in einem Verfahren vor seinen Gerichten gegen einen anderen Staat die Gerichtsbarkeit auszuüben; er stellt zu diesem Zweck sicher, dass seine Gerichte von Amts wegen feststellen, dass die in Artikel 5 vorgesehene Immunität dieses anderen Staates beachtet wird.“⁸⁰

Teil III des Übereinkommens (Art. 10–17 UNCSI) sieht eine Reihe von **Immunitätsbeschränkungen** bzw. **Ausnahmen**⁸¹ vor. Die *International Law Commission* (ILC) orientierte sich bei der Erarbeitung an **vier Faktoren**, wobei sie aus ihrer Sicht einen pragmatischen Ansatz verfolgte und sich an die Staatenpraxis anlehnte: Doppelpersönlichkeit und -funktion des Staates, *acta jure imperii* und *acta jure gestionis* sowie wirtschaftliche und nicht-wirtschaftliche Aktivitäten des Staates.⁸² Relevant ist hier allein **Art. 12 UNCSI**, wonach sich ein Staat – sofern nicht anders vereinbart –

„...nicht auf Immunität von der Gerichtsbarkeit in einem Verfahren berufen [kann], das sich auf die Entschädigung in Geld für den Tod einer Person, für einen Personenschaden oder für einen Schaden an materiellen Vermögenswerten oder deren Verlust bezieht, wenn der Tod, Schaden oder Verlust durch eine dem Staat vorgeblich zuzurechnende Handlung oder Unterlassung verursacht wurde, die **Handlung oder Unterlassung** ganz oder teilweise **im Hoheitsgebiet** dieses anderen Staates stattfand **und die Person**, welche die Handlung oder Unterlassung begangen hat, **sich zum Zeitpunkt der Begehung im Hoheitsgebiet dieses anderen Staates aufhielt**.“⁸³

79 Zitiert wird hier und im Folgenden aus der nicht verbindlichen deutschen Übersetzung der Resolution 59/38, erhältlich unter <http://www.un.org/Depts/german/gv-59/band1/ar59038.pdf>.

80 Nach Abs. 2 a) gilt „ein Verfahren vor einem Gericht eines Staates ... als gegen einen anderen Staat eingeleitet, wenn dieser andere Staat als Partei in diesem Verfahren benannt wird.“ **Ausnahmen** bestehen u. a. bei ausdrücklicher oder versteckter **Einwilligung des Staates**, s. dazu Art. 7 ff. Nach Art. 8 Abs. 2 a) gilt es im Übrigen **nicht** als Zustimmung zur Ausübung der Gerichtsbarkeit, wenn sich ein Staat vor dem Gericht eines anderen (ausschließlich) **auf seine Immunität beruft**.

81 Siehe zum Begriffsstreit und zum Ablauf der Verhandlungen Gerhard Hafner/Ulrike Köhler, *The United Nations Convention on jurisdictional immunities of states and their property*, in: Netherlands Yearbook of International Law, Band 35, Dezember 2004, <http://dx.doi.org/10.1017/S0167676804000030>, S. 3–49, S. 25.

82 ILC, *Draft articles on Jurisdictional Immunities of States and Their Property, with commentaries* (1991), Yearbook of the International Law Commission, 1991, Band II, Teil 2, http://legal.un.org/ilc/texts/instruments/english/commentaries/4_1_1991.pdf, Kommentar zu Teil III, S. 33.

83 Hervorhebungen der VfN.

Nach dem ILC-Kommentar von 1991, der auf ausführlicher Auswertung der damaligen Staatenpraxis beruht, liegt dieser Einschränkung das Prinzip des *lex loci delicti commissi* (**Recht des Ortes der unerlaubten Handlung**) zugrunde. Dabei soll der betroffenen Person ermöglicht werden, am Ort der Verletzung zu klagen.⁸⁴ Gedacht war die Einschränkung vor allem für **Verkehrsunfälle** und für **versicherbare Risiken**; der **Versicherung** sollte eine Entlastung dadurch verwehrt werden, dass sie indirekt von der staatlichen Immunität profitierte.⁸⁵ Neben diesem Primärzweck sollten jedoch auch **absichtliche Verletzungen** abgedeckt werden; gedacht war u. a. an vorsätzliche Körperverletzung und Eigentumsbeschädigungen bis hin zum **politischen Auftragsmord**. Ferner sollte Spielraum für möglichst vielfältige bi- oder multilaterale Übereinkommen bleiben.⁸⁶ Die ILC betonte allerdings ausdrücklich, dass einige Mitglieder mit diesem **weiten Wortlaut** der Vorschrift nicht einverstanden waren und eine zu große Beschränkung der Immunität befürchteten.⁸⁷

Im Kommentar zu Art. 12 wird ferner bestätigt, dass die oben hervorgehobenen Voraussetzungen des **Orts der Handlung oder des Unterlassens** (wenigstens teilweise) **auf dem Staatsgebiet** und der **Anwesenheit des Täters/der Täterin** während der Handlung **kumulativ** erfüllt werden müssen. Das **Geschehen auf dem Staatsgebiet** soll die hinreichende Verbindung mit dem Forumstaat gewährleisten. Ausdrücklich ausgeschlossen werden Schäden aufgrund **grenzüberschreitender Vorfälle**. Dagegen soll es gerade **nicht** auf die **Art** des Verhaltens (*iure imperii* oder *iure gestionis*) ankommen; im Vordergrund steht die reibungslose Entschädigung der Betroffenen.⁸⁸ *Hafner und Köhler* weisen darauf hin, dass diese Vorschrift damit nicht auf Gerichtsverfahren wegen Menschenrechtsverletzungen anwendbar ist, die sich außerhalb des Forumstaates ereignen.⁸⁹

Im Rahmen der UNCSI-Verhandlungen war – gerade in Hinblick auf die sog. **Terrorismus-Ausnahme** des US-amerikanischen FSIA (§§ 1605, 1605A) – über die Frage einer **Ausnahme bei schweren und systematischen Menschenrechtsverletzungen, Verletzungen zwingenden Völkerrechts (*ius cogens*) und schweren internationalen Verbrechen** diskutiert worden. Allerdings waren weder die Mehrheit der Mitglieder der ILC noch die Mitglieder des Ausschusses der Generalversammlung davon überzeugt, dass dies den Stand des Völkerrechts mit hinreichender Sicherheit wiedergegeben hätte. Deshalb wurde eine solche Ausnahme – entgegen starker Kritik aus Reihen der Wissenschaft – nicht in die Konvention aufgenommen.⁹⁰

84 ILC-Kommentar (1991), Fn. 82, Art. 12, Rn. 2 f.

85 Ebd., Rn. 4.

86 Ebd., Rn. 4.

87 Ebd., Rn. 11.

88 Ebd., Rn. 6–9.

89 Hafner/Köhler, Fn. 81, S. 45, mit Verweis auf das *Al-Adsani-Verfahren*, Fn. 75. Siehe ferner Stoll, Fn. 70, Rn. 40, der auch eine Anwendung auf das *US Alien Tort Statute* bezweifelt.

90 Hafner, Fn. 76, Rn. 45.

Teil IV des Übereinkommens enthält besondere Regelungen und Beschränkungen für das **Vollstreckungsverfahren**, darunter in Art. 21 UNCSI Vermögensarten, die einem Vollstreckungsverbot unterliegen sollen. **Teil V** trifft zusätzlich **Verfahrenssicherungen**. So sind Versäumnisurteile nur eingeschränkt zulässig (Art. 23 UNCSI); ferner werden prozessrechtliche Vorrechte und Immunitäten benannt (Art. 24 UNCSI).

3.1.3. Urteil des IGH vom 3. Februar 2012: *Jurisdictional Immunities of the State (Deutschland gegen Italien)*

Zur wissenschaftlichen Diskussion⁹¹ über **Immunitätsausnahmen für Schadensersatzverfahren** wegen **schwerer Menschenrechtsverletzungen** und **Kriegsverbrechen** hat der IGH im **Immunitätsverfahren von Deutschland gegen Italien**⁹² Stellung genommen.⁹³ Das Urteil bezog sich auf die besondere Konstellation schwerer Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte **durch ausländische Streitkräfte** auf dem **Boden des Forumstaates** während eines **internationalen bewaffneten Konfliktes** (hier: Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen der deutschen Streitkräfte im 2. Weltkrieg gegenüber der italienischen Bevölkerung).

Der IGH kam zu dem Ergebnis, dass das völkerrechtliche Immunitätsrecht zum Zeitpunkt der Entscheidung noch immer **eng auszulegen** sei.⁹⁴ Hierzu traf der IGH nach Untersuchung der Inhalte der UNCSI sowie der Gesetze und der Rechtsprechung mehrerer Staaten folgende **grundlegenden Aussagen zum völkergewohnheitsrechtlichen Stand der Immunitätsausnahmen für zivile Schadensersatzverfahren vor ausländischen Gerichten**:

- Nach dem aktuellen Stand des Völkerrechts sei eine völkerrechtliche **territorial tort exception** für zivile Schadensersatzverfahren wegen *acta iure imperii* im Rahmen bewaffneter Konflikte abzulehnen. Damit bleibe die Staatenimmunität grundsätzlich auch bei rechtswidrigen Handlungen der Streitkräfte bestehen, auch wenn sie zu Tod, Personen- oder Eigentumsschäden im Forumstaat führen.⁹⁵

91 Siehe hierzu mit weiteren Nachweisen – auch kritisch zum IGH-Urteil – Yasser Abdelrehim, Das Recht des Individuums auf Wiedergutmachung nach humanitärem Völkerrecht, in: Humanitäres Völkerrecht, 4/2013, S. 178–187, S. 181 ff.; von Arnould, Fn. 68, Rn. 330; zur (in Grenzen anerkannten) **Durchbrechung der Immunität von Staatsorganen** bei schweren Menschenrechtsverletzungen Rn. 327 ff.; Kau, Fn. 68, Rn. 96 ff. und Fn. 175 ff., mit zahlreichen **Literatur- und Rechtsprechungshinweisen**.

92 IGH, *Jurisdictional immunities*, Fn. 60.

93 Ausführliche Zusammenfassungen des Urteils finden sich u.a. bei Kau, Fn. 68, Rn. 97 ff.; Abdelrehim, Fn. 91, S. 180 ff., sowie bei Helmut Kreiker, Die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs zur Staatenimmunität – Auswirkungen auf das (Völker-)Strafrecht? Anmerkungen zum Urteil des IGH vom 3.2.2012 aus strafrechtlicher Sicht, ZIS 2012/4, S. 107–123, http://www.zis-online.com/dat/artikel/2012_4_655.pdf.

94 Die Entscheidung des IGH ist nicht einstimmig ergangen: 12 Richter stimmten für eine Verletzung des Völkerrechts durch Italien wegen der Haftungsverfahren italienischer Gerichte gegen Deutschland; drei sprachen sich dagegen aus (Fn. 60, Rn. 139 des Urteils).

95 IGH, *Jurisdictional immunities*, Fn. 60, Rn. 78 f., 77, 64, 69, 72 f.

- Auch aus der **Art der Handlung** bzw. **Rechtsverletzung**, aus den **Umständen** und der **Kombination** dieser Faktoren lassen sich nach Auffassung des IGH derzeit keine Immunitätsbeschränkungen ableiten.⁹⁶ Dies gelte auch dann, wenn (mögliche) **Verstöße gegen zwingendes Völkerrecht, schwere Menschenrechtsverletzungen oder schwere Verletzungen des humanitären Völkerrechts** im Raume stehen.⁹⁷ Zudem sei unerheblich, ob den Klagenden alle anderen Formen individueller Wiedergutmachung verwehrt sind; auf **alternative Rechtsschutzmöglichkeiten** komme es nach dem Völkergewohnheitsrecht nicht an.⁹⁸

Zur Frage der **territorial tort exception** zog der IGH die Inhalte der UNSCI heran und befasste sich insbesondere mit Art. 12 UNSCI. Er führte unter Bezugnahmen auf den ILC-Kommentar aus, dass Art. 12 UNSCI zwar Hoheits- und privatwirtschaftliches Handeln umfasse, aber für **versicherbare Risiken** und nicht für den Streitkräfteeinsatz im Ausland gedacht sei. Der IGH erwähnt, dass neben Deutschland u. a. auch die USA und China bei Erarbeitung der UNSCI deutlich gemacht hätten, dass die Anwendbarkeit der Ausnahme auf hoheitliches Handeln ihrer Auffassung nach nicht dem Völkergewohnheitsrecht entspreche.⁹⁹ Der IGH sei aber ausdrücklich **nicht** aufgerufen, darüber zu urteilen, ob eine **allgemeine deliktische Ausnahme** auch auf Hoheitsakte Anwendung finde.¹⁰⁰ Vielmehr beziehe er nur zu Handlung ausländischer Streitkräfte auf dem Gebiet des Forumstaates während eines bewaffneten Konflikts Stellung. In **bewaffneten Konflikten** finde die Vorschrift jedoch nach dem ILC-Kommentar keine Anwendung.¹⁰¹ Aus nationalen Gerichtsentscheidungen leitet der IGH ab, dass die Staatenpraxis selbst dann noch für die Immunität im Rahmen ziviler Schadensersatzklagen streite, wenn die Handlung auf dem Gebiet des Forumstaates stattgefunden hat.¹⁰²

Die **Staatenpraxis** gebe derzeit nicht den sicheren Schluss her, dass sich ein Staat bei solchen **zivilen Schadensersatzverfahren** vor Gerichten eines ausländischen Staates wegen *acta iure imperii* in verfahrensrechtlicher Hinsicht nicht auf seine Immunität berufen könne.¹⁰³ Insbesondere lehnte der IGH ab, Verbrechen durch ausländische Streitkräfte nicht als *acta iure imperii* einzu-

96 IGH, *Jurisdictional immunities*, Fn. 60, Rn. 91, 97, 106

97 IGH, *Jurisdictional immunities*, Fn. 60, Rn. 91.

98 IGH, *Jurisdictional immunities*, Fn. 60, Rn. 100.

99 IGH, *Jurisdictional immunities*, Fn. 60, Rn. 64.

100 IGH, *Jurisdictional immunities*, Fn. 60, Rn. 65, 69, 72.

101 IGH, *Jurisdictional immunities*, Fn. 60, Rn. 69.

102 IGH, *Jurisdictional immunities*, Fn. 60, Rn. 77.

103 IGH, *Jurisdictional immunities*, Fn. 60, Rn. 91.

ordnen: Aus seiner Sicht ist kein völkergewohnheitsrechtlicher Grundsatz ersichtlich, Handlungen der Streitkräfte grundsätzlich vom Anwendungsbereich der staatlichen Immunität auszunehmen.¹⁰⁴

Ferner unterscheidet der IGH deutlich zwischen (prozessualement) Immunitätsrecht sowie (der materiellen Frage) der **Rechtmäßigkeit des staatlichen Handelns** und der **Art der Völkerrechtsverletzung** (z. B. einer Norm zwingenden Völkerrechts) sowie einem möglichen Anspruch auf Wiedergutmachung und einer denkbaren staatlichen Reparationspflicht.¹⁰⁵ Insbesondere betont der IGH unter Berufung auf seine frühere Rechtsprechung, dass der Status als zwingendes Völkerrecht nicht zu einer Zuständigkeit der nationalen Gerichte führe; gleichfalls habe die Art der verletzten Norm keinen Einfluss auf die Immunität.¹⁰⁶

Die Auffassung des IGH, gerade zur **territorial tort exception**, sind teilweise auf Kritik gestoßen.¹⁰⁷ Zu verweisen ist hier zum einen auf das abweichende Sondervotum des Richters Gaja, wonach Art. 12 UNCSI sich mit der Staatenpraxis vieler Länder decke: Diese Staaten sähen eine **deliktische Ausnahme** vor, sobald sich das **haftungsbegründende Verhalten** – seiner Ansicht nach auch der Streitkräfte – **auf dem Gebiet des Forumstaates** zutrage.¹⁰⁸ Zum anderen wird in der Literatur darauf verwiesen, dass aufgrund unterschiedlicher Staatenpraxis eine **Grauzone** bestehe, sodass es den Staaten völkerrechtlich frei stehe, Immunität zu gewähren oder zu versagen.¹⁰⁹

In der Rechtslehre wird – trotz aller Kritik – davon ausgegangen, dass der IGH für längere Zeit die **Reichweite der Immunität im Rahmen von *acta iure imperii*** bestimmt habe.¹¹⁰ Dennoch lässt sich aus dem IGH-Urteil¹¹¹, aus Literaturbewertungen¹¹² und aus einer kürzlichen EGMR-Entscheidung¹¹³ ablesen, dass die völkerrechtlichen Grundsätze im Bereich von **Schadensersatzan-**

104 IGH, *Jurisdictional immunities*, Fn. 60, Rn. 73, 77.

105 IGH, *Jurisdictional immunities*, Fn. 60, Rn. 93 ff.

106 IGH, *Jurisdictional immunities*, Fn. 60, Rn. 95 f.

107 Kritisch hierzu Abdelrehim, Fn. 60, S. 183, mit weiteren Hinweisen zur Staatenpraxis und weiteren Literaturhinweisen.

108 IGH, *Jurisdictional immunities*, Fn. 60, Sondervotum des *ad-hoc-Richters* Gaja, <http://www.icj-cij.org/docket/files/143/16895.pdf>, Rn. 2, 6 f.

109 Siehe hierzu die Nachweise bei Abdelrehim, Fn. 91, S. 183.

110 Vgl. u. a. Abdelrehim, Fn. 91, S. 178, 186; mit weiteren Nachweisen Felix Würkert, Historische Immunität? Anmerkung zu Sentenza Nr. 238 der Corte costituzionale vom 22. Oktober 2014, in: Archiv des Völkerrechts, Band 53, S. 90–120, S. 98.

111 Vgl. IGH, *Jurisdictional immunities*, Fn. 60, Rn. 91.

112 Abdelrehim, Fn. 91, S. 183, 186.

113 Siehe dazu sogleich.

sprüchen wegen schwerer Verletzungen des humanitären Völkerrechts oder der Menschenrechte einer Entwicklung ausgesetzt sind. So akzeptierte der EGMR im Jahr 2014, dass britische Gerichte Schadensersatzansprüche gegen Saudi-Arabien und seiner Staatsbediensteten unter Berufung auf Immunität abgelehnt hatten, führte jedoch aus:

„... *in light of the developments currently underway in this area of public international law, this is a matter which needs to be kept under review by Contracting States.*“¹¹⁴

3.2. Vereinbarkeit des JASTA mit den völkerrechtlichen Grundsätzen

Wie bereits unter 2.3. angedeutet, sind die Meinungen in der Frage **der Vereinbarkeit des JASTA mit völkerrechtlichen Grundsätzen** geteilt. Die einen sehen § 1605B als legitime Immunitätsausnahme an und bezeichnen die Argumente der Gegenseite vorrangig als diplomatisch-politisch, aber nicht als rechtlich. Die anderen sehen den **Kern** des Grundsatzes der Staatenimmunität betroffen, da es keine „Staatenimmunität light“ geben könne: Der **Grundsatz** werde bereits **durch das Gerichtsverfahren selbst erodiert**, indem Staaten – auch etwa der Europäischen Union – im vollen Umfang dem US-amerikanischen Zivilverfahrensrecht unterworfen würden und zudem das Risiko bestehe, dass über die Klage sachlich entschieden werde.¹¹⁵

Im Zentrum des Streits steht die Frage, ob bzw. unter welchen Umständen die durch JASTA eingeführte Immunitätsausnahme des § 1605B von den **anerkannten Ausnahmen bzw. Beschränkungen** des Grundsatzes der Staatenimmunität gedeckt ist bzw. sein kann. Wie unter 3.1.3. gesehen, geht der IGH davon aus, dass derzeit bei *acta iure imperii* noch immer ein **enges Verständnis von Immunitätsbeschränkungen im Völkerrecht** angezeigt ist. Dies gilt nach seiner – nicht unbestrittenen – Auffassung selbst im Kontext von **Entschädigungen** wegen **schwerster Kriegs- und Menschenrechtsverletzungen in bewaffneten Konflikten**, die auf dem **Gebiet des Forumstaates begangen** worden sind. Dies spricht für eine (derzeit noch immer) **hohe Schwelle** für Immunitätsbeschränkungen im Bereich zivilrechtlicher Schadensersatzansprüche wegen **hoheitlichen Handelns**.

Der Wortlaut des JASTA lässt keine klare **Unterscheidung zwischen Hoheits- und privatwirtschaftlichem Verhalten** erkennen. Die einleitenden *findings* des *Congress* lassen vermuten, dass es dem Gesetzgeber primär auf den **Zweck** und das **Ergebnis** des Beihilfeaktes ankommt: die Förderung des internationalen Terrorismus mit der Folge von Schäden, die auf dem Staatsgebiet der

114 EGMR, *Jones u. a. gegen das Vereinigte Königreich*, Urteil vom 14. Januar 2014, Beschwerde-Nrn. 34356/06 und 40528/06, <http://hudoc.echr.coe.int/eng?i=001-140005>, Rn. 215. Siehe zuvor bereits das Urteil der Großen Kammer in der Sache *Ad-Adsani gegen das Vereinigte Königreich*, Fn. 75 (zivile Schadensersatzklage gegen einen Staat wegen Folter), sowie *Kalogeropoulou u. a. gegen Griechenland und Deutschland*, Entscheidung vom 12.12.2002, Beschwerde-Nr. 59021/00, <http://hudoc.echr.coe.int/eng?i=001-23539> (Verweigerung der Vollstreckung eines Schadenersatzurteils gegen das Vermögen eines ausländischen Staates), auf die sich auch der IGH im *Immunities*-Fall stützte (Fn. 60, Rn. 90).

115 Siehe dazu neben Stephan, Fn. 15, und Patterson, Fn. 13, Geert van Calster, *JASTA: Hard cases make bad law. Awful cases even worse law.*, in: *gavc law*, 30.09.2016, <https://gavclaw.com/2016/09/30/jasta-hard-cases-make-bad-law-awful-cases-even-worse-law/>.

USA eintreten. Demnach scheint sich das Gesetz auf **alle Beihilfeakte** zu beziehen, die einen **maßgeblichen Beitrag** zur Förderung der Tat leisten, auch wenn viele Beispiele im Gesetzgebungsverfahren auf Terrorfinanzierung verwiesen.¹¹⁶ Für die Einbeziehung von *acte iure imperii* spricht auch, dass neben dem Handeln staatlicher Organe auch das Handeln von Staatsbediensteten innerhalb ihre Funktionen angesprochen ist und dass **gerade** staatliche Verletzungshandlungen erfasst werden, die **außerhalb** des Territoriums der USA vorgenommen werden.

Es ist zweifelhaft, ob eine solch weite Immunitätsbeschränkung auch für hoheitliches Handeln mit dem derzeitigen Stand des Völkergewohnheitsrechts übereinstimmt, jedenfalls was staatliche Handlungen **außerhalb** des Territoriums der USA betrifft. Der IGH hat über das Bestehen einer generellen Immunitätsausnahme für Haftungsprozesse bei *acta iure imperii* ausdrücklich nicht entschieden (siehe 3.1.3.).

Als weitest gehender völkerrechtlicher Maßstab käme der Inhalt des **Art. 12 UNSCI** in Betracht, da § 1605B JASTA auf bewaffnete Konflikte keine Anwendung finden soll. Allerdings bestanden nach den Äußerungen der ILC und den Ausführungen des IGH schon bei Erarbeitung des Textes Zweifel, ob Art. 12 in seiner **Weite** als Wiedergabe von **Gewohnheitsrecht** angesehen werden kann. Unabhängig von der Frage der **völkerrechtlichen Bedeutung** des Inhalts der Klausel wäre § 1605B vom großzügigen Wortlaut dieser Ausnahmenvorschrift nicht vollends gedeckt: Art. 12 (a. E.) UNSCI sieht ausdrücklich vor, dass sich jedenfalls ein Teil des Verhaltens auf dem Gebiet des Forumstaates zugetragen **und** dass sich die verantwortliche Person dabei auf dessen Gebiet aufgehalten haben muss. Legt man den oben (3.1.3.) geschilderten Maßstab des ILC-Kommentars an und berücksichtigt die gleichlautenden Erwägungen des IGH (dazu 3.1.3.), ist darüber hinaus fraglich, ob § 1605B vom **Sinn und Zweck** der Klausel noch erfasst wäre. Auch die **kritischen Stimmen** zur IGH-Rechtsprechung gehen – gestützt u. a. auf der Inhalt des Art. 12 UNSCI – allenfalls von einer allgemeinen *tort exception* für Akte aus, die sich auf dem **Gebiet des Forumstaates** ereignen.¹¹⁷ Die nationalen Immunitätsausnahmen und die nationale und internationale Rechtsprechung, die etwa *ad-hoc*-Richter Gaja in seinem Sondervotum zur IGH-Entscheidung analysiert, setzen im Wesentlichen voraus, dass der Akt **im Forumstaat begangen** (*committed*) worden ist.¹¹⁸ Diese Formulierung spricht dafür, dass nur der Eintritt des Erfolgs auf dem Gebiet des Forumstaates hierfür nicht genügt. Selbst wenn man also mit den Kritikern des IGH und der Mehrheitsmeinung in der Rechtsliteratur davon ausgeht, dass die allgemeine *tort exception* jedenfalls in eine **völkerrechtliche Grauzone** falle und deshalb nicht gegen Völkerrecht verstoße¹¹⁹, wären Handlungen außerhalb des Forumstaates hiervon nicht erfasst.

Zudem hatte der IGH – für bewaffnete Konflikte – bereits Ausnahmen für zivilrechtliche Schadensersatzprozesse als (derzeit) nicht vom Völkergewohnheitsrecht gedeckt angesehen, bei denen sich das haftungsbegründende Geschehen **auf dem Gebiet des Forumstaates** abgespielt hatte. Da-

116 Siehe dazu die Einführung und 2.1.

117 IGH, *Jurisdictional immunities*, Sondervotum Gaja, Fn. 108, Rn. 2–5.

118 IGH, *Jurisdictional immunities*, Sondervotum Gaja, Fn. 108, insbesondere Rn. 3, 4, 11.

119 IGH, *Jurisdictional immunities*, Sondervotum Gaja, Fn. 108, Rn. 3.

bei trennte er die Frage der Immunitätsbeschränkung ausdrücklich von der Art der Rechtsverletzung sowie der Schwere des Verstoßes und seiner Folgen. Schließlich kann unter dem Gesichtspunkt der **Staatenpraxis** darauf verwiesen werden, dass der IGH bereits hinsichtlich der Ausnahme in § 1605A U.S.C. (*state sponsors of terrorism*) *en passant* angemerkt hatte, dass kein anderer Staat mit gesetzlichen Immunitätsbeschränkungen ähnliche Ausnahmen formuliert habe.¹²⁰ Folgt man den – nicht unumstrittenen – Ausführungen und Analysen des IGH zur Staatenpraxis (s. 3.1.3. und soeben), erscheint eine völkergewohnheitsrechtliche *tort exception* außerhalb bewaffneter Konflikte zweifelhaft. Dies entspricht auch der herrschenden Auffassung im Schrifttum, die einen hinreichenden Staatenkonsens allenfalls für „alltägliche und versicherbare Schadensereignisse im Forumstaat“ annimmt.¹²¹

Im Ergebnis spricht einiges dafür, dass das neue § 1605B U.S.C. jedenfalls in Bezug auf Beihilfehandlungen außerhalb des US-Territoriums **seinem Wortlaut nach** nicht vom Völkerrecht gedeckt sein könnte. Letztendlich wird es für die Frage der Völkerrechtswidrigkeit jedoch auf die **völkerrechtskonforme Auslegung und Anwendung der Klausel durch die US-Gerichte** ankommen, die nicht von vornherein ausgeschlossen erscheint. Auch die *tort exception* für alle Formen (hoheitlicher) Beihilfehandlungen auf US-Gebiet trifft auf gewichtige völkerrechtliche Bedenken.

Abschließend ist festzustellen, dass die **Konturen** der völkerrechtlichen Zulässigkeit von Immunitätsbeschränkungen für zivile Haftungsprozesse (*tort exception*) derzeit nach allgemeiner Ansicht verschwommen sind und somit Raum für unterschiedliche völkerrechtliche Ansichten bieten. Es erscheint denkbar, dass sich die bisherigen – vom IGH betonten – engen völkergewohnheitsrechtlichen Grenzen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten erweitern, wenn weite nationale Rechtsprechung und Gesetzgebung den Bezugsrahmen verschieben.

120 IGH, *Jurisdictional immunities*, Fn. 60, Rn. 88.

121 Siehe mit weiteren Nachweisen Kreicker, Fn. 93, S. 113 und Fn. 68 f.

4. Mögliche Auswirkungen des JASTA auf die Bundesrepublik Deutschland

Dem JASTA lässt sich keine geographische Einschränkung der Immunitätsausnahme entnehmen. Demnach könnten auch gegen die Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich Schadenersatzverfahren vor US-Gerichten auf Grundlage des JASTA eingeleitet werden. Auch die stellvertretende Außenministerin Botschafterin *Patterson* ging bei ihrer Anhörung ausdrücklich davon aus, dass europäische Staaten von Gerichtsverfahren nach dem JASTA betroffen sein könnten:

„With the broad reach of JASTA, there is the likelihood that some of our critical allies, such as the United Kingdom or other European governments, could face lawsuits in U.S. courts which could affect their cooperation with us, as well as their broader bilateral relationship with us.“¹²²

4.1. Möglichkeit und Erfolgsaussichten von Schadenersatzklagen gegen die Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit den Ereignissen des 11. September 2001 (Hamburger Terrorzelle)

Nach der **zeitlichen Geltungsbereichsklausel** in Abschnitt 7 des JASTA können auch Verfahren eingeleitet werden, die die Vorfälle vom 11. September 2001 betreffen. Maßgeblich ist nur, dass der **Schaden** am 11. September 2001 oder danach eingetreten sein muss. Wann die mutmaßliche **Verletzungs- bzw. Beihilfehandlung** stattgefunden hat, scheint dagegen keine Rolle zu spielen. Grundsätzlich sind damit auch Klagen gegen die Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit den Ereignissen des 11. September 2001 (Hamburger Terrorzelle) nicht ausgeschlossen. **Voraussetzung** dafür wäre, dass die potentiellen Klägerinnen und Kläger das zuständige Gericht von einer anknüpfungsfähigen **kausalen Verletzungshandlung** überzeugen können und die übrigen unter 2.1. und 2.2. dargestellten Vorgaben des JASTA und des materiellen Rechts zur Überzeugung des Gerichts erfüllt wären. Zu beachten wäre dabei der Umstand, dass JASTA (einfach) **fahrlässiges Verhalten** staatlicher Organe und Bediensteter sowie bloßes **Unterlassen** ausdrücklich ausnimmt. Hierauf könnte eine Haftungsklage damit nicht gestützt werden. Allerdings ist darauf hingewiesen worden, dass die Feststellung, ob es sich um **Fahrlässigkeit** handelte, möglicherweise nur **im Rahmen eines Gerichtsverfahrens** erfolgen kann.¹²³ Ob dies im Rahmen einer prozessualen Vorfrage, der Zulässigkeit oder der Begründetheit geschehen würde, lässt sich nicht vorhersagen.

Ob die Voraussetzungen für eine Anwendung der **Immunitätsausnahme des § 1605B** und – materiell – des **§ 2333** in Hinblick auf etwaiges behördliches Fehlverhalten im Zusammenhang mit der Hamburger Terrorzelle vorliegen, lässt sich mit den hiesigen Erkenntnissen und Rechtskenntnissen nicht einschätzen. Zum einen obläge die **Beurteilung der Zulässigkeit** und ggf. der **Begründetheit** der Klage allein dem angerufenen US-Gericht. Zum anderen hinge die Erfolgsaussicht von einer Vielzahl von Faktoren ab, darunter vom beanstandeten behördlichen Verhalten,

122 Stellungnahme von Botschafterin *Patterson* bei der Ausschussanhörung vom 14.07.2016, Fn. 13, S. 2. Stephan, Fn. 15, stellte in seiner Stellungnahme klar, dass das Gesetz zwar gegen Saudi-Arabien gerichtet, aber keinesfalls darauf beschränkt sei. Die **Behauptung**, dass ein bestimmtes Verhalten als **Terrorismus(-unterstützung)** zu bewerten sei, genüge für ein Gerichtsverfahren gegen einen souveränen Staat, unabhängig vom Ergebnis (S. 6).

123 Stellungnahme von Michael B. Mukasey bei der Ausschussanhörung vom 14.07.2016, <https://judiciary.house.gov/wp-content/uploads/2016/07/Mukasey-Testimony-07142016.pdf>.

von der Beweislage sowie von der gerichtlichen Auslegung des § 1605B (prozessual), des § 2333 (materiell) sowie des materiellen US-Rechts der unerlaubten Handlungen inkl. umfangreicher, teilweise widerstreitender Rechtsprechung. Eine Prognose der Erfolgsaussichten eines fiktiven Verfahrens wäre daher rein spekulativ.

4.2. Möglichkeit von Schadensersatzklagen gegen die Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit potentiellen zukünftigen terroristischen Aktivitäten auf US-amerikanischem Boden

Auch in Hinblick auf eine **etwaige Beihilfe zu möglichen zukünftigen Terrorakten auf US-Gebiet** kann nur ausgeführt werden, dass eine Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland auf Grundlage des JASTA durch dessen **Wortlaut** nicht grundsätzlich ausgeschlossen wäre. Eine **zeitliche Begrenzung des Geltungsbereichs** des JASTA für die Zukunft ist nicht ersichtlich. Ob und inwiefern das Szenario eines Gerichtsverfahrens gegen die Bundesrepublik Deutschland realistisch ist, hängt von einer Vielzahl von Umständen – darunter des konkreten Falles – ab, die sich der Erkenntnismöglichkeiten der Wissenschaftlichen Dienste entziehen.

5. Anlagen

Anlage 1

Text des JASTA: *S.2040 – Justice Against Sponsors of Terrorism Act, Public Law No: 114-222* vom 28.09.2016, <https://www.congress.gov/bill/114th-congress/senate-bill/2040/text>.

Anlage 2

Jennifer K. Elsea, *In Re Terrorist Attacks on September 11, 2001: Claims Against Saudi Defendants Under the Foreign Sovereign Immunities Act (FSIA)*, Congressional Research Services (CRS), CRS Report RL34726 (Stand: 17. Mai 2016), <https://www.fas.org/sgp/crs/misc/RL34726.pdf>.

Ende der Bearbeitung

6. Literaturverzeichnis

6.1. Völkerrechtliche Verträge und Urteile internationaler Gerichte

Charter of the United Nations, San Francisco, 26.06.1945, in Kraft getreten am 24.10.1945, <https://treaties.un.org/doc/Publication/CTC/uncharter-all-lang.pdf>, BGBl. 1973 II S. 430 f.

- nicht amtliche deutsche Übersetzung: <http://www.unric.org/html/german/pdf/charta.pdf>.

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), *Al-Adsani gegen das Vereinigte Königreich*, Urteil der Großen Kammer vom 21.11.2001 (Beschwerde-Nr. 35763/97), <http://hudoc.echr.coe.int/eng?i=001-59885>.

- deutsche Zusammenfassung des Rechtsinformationssystems des österreichischen Bundeskanzleramts: https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Justiz&Dokumentnummer=JIT_20011121_AUSL000_000BSW35763_9700000_000.

EGMR, *Jones u. a. gegen das Vereinigte Königreich*, Urteil vom 14. Januar 2014, Beschwerde-Nrn. 34356/06 und 40528/06, <http://hudoc.echr.coe.int/eng?i=001-140005>.

EGMR, *Kalogeropoulou u. a. gegen Griechenland und Deutschland*, Entscheidung vom 12.12.2002, Beschwerde-Nr. 59021/00, <http://hudoc.echr.coe.int/eng?i=001-23539>.

Europäisches Übereinkommen über Staatenimmunität vom 16.05.1972 (Baseler Abkommen), für Deutschland am 16.08.1990 in Kraft getreten (BGBl. 1990 II, S. 34).

Internationaler Gerichtshof, *Jurisdictional Immunities of the State (Germany v. Italy: Greece intervening)*, Urteil vom 03.02.2012, I.C.J. Reports 2012, S. 99 ff., <http://www.icj-cij.org/docket/files/143/16883.pdf>.

- Sondervotum des *ad-hoc-Richters* Gaja, <http://www.icj-cij.org/docket/files/143/16895.pdf>.
- Zusammenfassung des Urteils: <http://www.icj-cij.org/docket/files/143/16899.pdf>.
- Pressemitteilung: <http://www.icj-cij.org/docket/files/143/16897.pdf>.

United Nations Convention on Jurisdictional Immunities of States and Their Property, New York, 02.12.2004, angenommen von der VN-Generalversammlung in ihrer 65. Plenarsitzung durch Resolution A/59/38 vom 02.12.2004, https://treaties.un.org/doc/source/RecentTexts/English_3_13.pdf.

- Ratifikationsübersicht: https://treaties.un.org/Pages/ViewDetails.aspx?src=IND&mtdsg_no=III-13&chapter=3&clang=en.
- nicht verbindliche deutsche Übersetzung der Resolution 59/38: <http://www.un.org/Depts/german/gv-59/band1/ar59038.pdf>.
- Kommentar der *International Law Commission: Draft articles on Jurisdictional Immunities of States and Their Property, with commentaries* (1991), Yearbook of the International Law Commission, 1991, Band II, Teil 2, http://legal.un.org/ilc/texts/instruments/english/commentaries/4_1_1991.pdf.

6.2. Nationale Rechtsquellen, behördliche Quellen und Verlautbarungen sowie Dokumente aus dem Gesetzgebungsverfahren

Bill S.2930 vom 23.12.2009 (111. Senat), <https://www.congress.gov/bill/111th-congress/senate-bill/2930?q=%7B%22search%22%3A%5B%22S2930%22%5D%7D&resultIndex=4>.

Rede des Mitinitiators Bob Goodlatte vom 09.09.2016, *Congressional Reports – House*, 09.09.2016, H5240 ff., <https://www.congress.gov/crec/2016/09/09/CREC-2016-09-09-pt1-PgH5239-3.pdf>.

Rede des Mitinitiators Peter T. King vom 09.09.2016, *Congressional Reports, Extensions of remarks*, 14.09.2016, <https://www.congress.gov/crec/2016/09/14/CREC-2016-09-14-pt1-PgE1265-2.pdf>.

S.2040 - Justice Against Sponsors of Terrorism Act, Public Law No: 114-222 vom 28.09.2016, eingebracht durch Senator John Cornyn am 16.09.2015, <https://www.congress.gov/bill/114th-congress/senate-bill/2040/text>; Vorentwurf: <https://www.congress.gov/crec/2015/09/16/CREC-2015-09-16-pt1-PgS6700.pdf>.

Supreme Court of the United States, Bank Markazi, a.k.a. the Central Bank of Iran, Petitioner v. Deborah Peterson, et al., Urteil vom 23.05.2016, <https://www.supremecourt.gov/Search.aspx?FileName=/docketfiles/14-770.htm>.

The White House: Office of the Press Secretary, Press Briefing by the Press Secretary Josh Earnest, 18.04.2016, <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2016/04/18/press-briefing-press-secretary-josh-earnest-4182016>.

The White House: Office of the Press Secretary, Veto Message from the President -- S. 2040 to the Senate of the United States, 23.09.2016, <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2016/09/23/veto-message-president-s2040>.

Übersicht zum JASTA auf der Seite des *Congress*, <https://www.congress.gov/bill/114th-congress/senate-bill/2040/actions>.

United States Code, abrufbar unter <https://www.law.cornell.edu/uscode/text/>.

United States Court of Appeals for the District of Columbia, *Halberstam v. Welch*, 705 F.2d 472 (D.C. Cir. 1983).

United States Court of Appeals for the Second Circuit, *In re Terrorist Attacks on September 11, 2001, Terrorist Attacks III*, 538 F. 3d 71 (2nd Cir. 2008); 741 F. 3d 353 (2nd Cir. 2013), 134 S. Ct. 2875 (2014); 134 F. Supp. 3d 774 (S.D.N.Y. 2015).

United States Department of State, *State Sponsors of Terrorism*, <http://www.state.gov/j/ct/list/c14151.htm>.

6.3. Rechtsliteratur

6.3.1. Aufsätze, Lehrbücher und Monographien

Yasser Abdelrehim, Das Recht des Individuums auf Wiedergutmachung nach humanitärem Völkerrecht, in: *Humanitäres Völkerrecht*, 4/2013, S. 178–187.

Andreas von Arnould, *Völkerrecht*, Heidelberg u. a.: C. F. Müller, 2. Auflage 2014.

Jennifer K. Elsea, *In Re Terrorist Attacks on September 11, 2001: Claims Against Saudi Defendants Under the Foreign Sovereign Immunities Act (FSIA)*, Congressional Research Services (CRS), CRS Report RL34726 (17. Mai 2016), <https://www.fas.org/sgp/crs/misc/RL34726.pdf>.

Bardo Fassbender, Die souveräne Gleichheit der Staaten – ein angefochtenes Grundprinzip des Völkerrechts, 15.10.2004, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 43/2004, <http://www.bpb.de/apuz/28034/die-souveraene-gleichheit-der-staaten-ein-angefochtenes-grundprinzip-des-voelkerrechts?p=all>.

Gerhard Hafner, *United Nations Convention on Jurisdictional Immunities of States and Their Property (2004)*, in: *Max Planck Encyclopedia of Public International Law (MPEPIL)*, Stand: Juli 2010, <http://opil.ouplaw.com/view/10.1093/law:epil/9780199231690/law-9780199231690-e549>.

Ulrike Köhler, *The United Nations Convention on jurisdictional immunities of states and their property*, in: *Netherlands Yearbook of International Law*, Band 35, Dezember 2004, <http://dx.doi.org/10.1017/S0167676804000030>, S. 3–49.

Marcel Kau, Der Staat und der Einzelne als Völkerrechtssubjekte, in: Wolfgang Graf Vitzthum/Alexander Proelß (Hrsg.), *Völkerrecht*, Berlin/Boston: De Gruyter, 7. Auflage 2016, Dritter Abschnitt, S. 133–246.

Helmut Kreiker, Die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs zur Staatenimmunität – Auswirkungen auf das (Völker-)Strafrecht? Anmerkungen zum Urteil des IGH vom 3.2.2012 aus strafrechtlicher Sicht, *ZIS* 2012/4, S. 107–123, http://www.zis-online.com/dat/artikel/2012_4_655.pdf.

Ralph G. Steinhardt, *United States Foreign Sovereign Immunities Act (1976)*, in: *MPEPIL*, Stand: Oktober 2013, <http://opil.ouplaw.com/view/10.1093/law:epil/9780199231690/law-9780199231690-e803>.

Peter-Tobias Stoll, *State Immunity*, in: *MPEPIL* (Stand: April 2011), <http://opil.ouplaw.com/view/10.1093/law:epil/9780199231690/law-9780199231690-e1106>.

Felix Würkert, Historische Immunität? Anmerkung zu Sentenza Nr. 238 der Corte costituzionale vom 22. Oktober 2014, in: *Archiv des Völkerrechts*, Band 53, S. 90–120.

6.3.2. Artikel aus Rechtsblogs

John Bellinger, *How Congress Could Fix JASTA: Give the President Waiver Authority*, in: Lawfare, 05.10.2016, <https://www.lawfareblog.com/how-congress-could-fix-jasta-give-president-waiver-authority>.

ders., *The ATA Amendment and Congressional Earmarks for Plaintiffs' Lawyers*, 27.12.2015, <https://www.lawfareblog.com/ata-amendment-and-congressional-earmarks-plaintiffs-lawyers>.

Blogbeiträge bei *Just Security*, <https://www.justsecurity.org/tag/justice-against-sponsors-of-terrorism-act-jasta/>.

Blogbeiträge bei *Lawfare*, <https://www.lawfareblog.com/tagged/justice-against-state-sponsors-terrorism-act-jasta>.

Curtis Bradley/Jack Goldsmith, *How to Limit JASTA's Adverse Impacts*, in: Lawfare, 03.06.2016, <https://www.lawfareblog.com/how-limit-jastas-adverse-impact>.

Geert van Calster, *JASTA: Hard cases make bad law. Awful cases even worse law.*, in: *gavc law*, 30.09.2016, <https://gavclaw.com/2016/09/30/jasta-hard-cases-make-bad-law-awful-cases-even-worse-law/>.

Jack Goldsmith, *President Obama Should Veto JASTA*, in: Lawfare, 14.09.2016, <https://www.lawfareblog.com/president-obama-should-veto-jasta>.

ders., *The New JASTA is still Harmful Congressional Shirking*, in: Lawfare, 19.05.2016, <https://www.lawfareblog.com/new-jasta-still-harmful-congressional-shirking>.

ders./Steve Vladeck, *Why Obama should veto 9/11 families bill*, CNN, 13.09.2016, <http://edition.cnn.com/2016/09/13/opinions/obama-9-11-families-bill-goldsmith-vladeck/>.

Richard Klingler, *A response to Jack's Critique of JASTA*, in: Lawfare, 27.05.2016, <https://www.lawfareblog.com/response-jacks-critique-jasta>.

Michel Paradis, *What's Driving The Passion Behind JASTA?*, in: Lawfare, 03.10.2016, <https://www.lawfareblog.com/whats-driving-passion-behind-jasta>.

Francesca Procaccini, *Senate Unanimously Passes JASTA, Shifting the Battleground to the House*, Mai 2016, ursprünglich veröffentlicht bei *Lawfare*.

Steve Vladeck, *The 9/11 Civil Litigation and the Justice Against Sponsors of Terrorism Act (JASTA)*, in: *Just Security*, 18.04.2016, <https://www.justsecurity.org/30633/911-civil-litigation-justice-sponsors-terrorism-act-jasta/>.

ders., *The Senate Killed JASTA, Then Passed It...*, in: *Just Security*, 18.05.2016, <https://www.justsecurity.org/31156/senate-killed-jasta-passed-it/>.

ders., *Why President Obama Should Veto the Justice Against Sponsors of Terrorism Act*, in: Just Security, 09.09.2016, <https://www.justsecurity.org/32837/president-obama-veto-jasta/>.

Ingrid Wuerth, *Foreign Official Immunity Determinations in U.S. Courts: The Case Against the State Department*, in: Virginia Journal of International Law, Band 51 Nr. 4 (2011), S. 915–976, <http://www.vjil.org/assets/pdfs/vol51/issue4/Wuerth.pdf>.

dies., *Justice Against Sponsors of Terrorism Act: Initial Analysis*, in: Lawfare, 29.09.2016, <https://www.lawfareblog.com/justice-against-sponsors-terrorism-act-initial-analysis>.

6.3.3. Stellungnahmen und Reden im Rahmen der Anhörung des *Subcommittee on the Constitution and Civil Justice* des Repräsentantenhauses am 14. Juli 2016

Bob Goodlatte, *Statement at Constitution and Civil Justice Hearing on S. 2040, the “Justice Against Sponsors of Terrorism Act”*, <https://judiciary.house.gov/press-release/goodlatte-statement-constitution-civil-justice-hearing-s-2040-justice-sponsors-terrorism-act/>.

Jimmy Gurulé, <https://judiciary.house.gov/wp-content/uploads/2016/07/Gurule-Testimony-07142016-1.pdf>.

Richard Klingler, <https://judiciary.house.gov/wp-content/uploads/2016/07/Klingler-Testimony-07142016.pdf>.

Michael B. Mukasey, <https://judiciary.house.gov/wp-content/uploads/2016/07/Mukasey-Testimony-07142016.pdf>.

Anne Patterson, <https://judiciary.house.gov/wp-content/uploads/2016/07/Patterson-Testimony-07142016.pdf>.

Paul Stephan, <https://judiciary.house.gov/wp-content/uploads/2016/07/Stephan-Testimony-07142016.pdf>.

Alle Stellungnahmen der Anhörung sind abrufbar unter <https://judiciary.house.gov/hearing/hearing-s-2040-justice-sponsors-terrorism-act/>.

6.4. Presseartikel und sonstige Onlinemedien

John Bresnahan, *Big-name ex-officials urge rejection of 9/11-Saudi bill*, 21.09.2016, <http://www.politico.com/story/2016/09/9-11-saudi-lawsuit-bill-ex-officials-228471>.

Jordain Carney, *GOP leaders express reservations a day after 9/11 veto override*, in: The Hill, 29.09.2016, <http://thehill.com/policy/national-security/298530-gop-leaders-open-to-fixing-saudi-9-11-bill>.

Clare Foran, *CIA Director Calls 9/11 Legislation 'Badly Misguided'*, in: The Atlantic, 28.09.2016, <http://www.theatlantic.com/politics/archive/2016/09/brennan-cia-director/502070/>.

Seung Min Kim, *Opposition bubbles in Congress to Saudi 9/11 bill*, 25.09.2016, <http://www.politico.com/story/2016/09/saudi-arabia-veto-override-228647>.

ders./Burgess Everett, *McConnell: Saudi 9/11 law could have 'unintended ramifications'*, 29.09.2016, <http://www.politico.com/story/2016/09/mitch-mcconnell-saudi-9-11-bill-228903>.

John Kruzel, *Legal Experts Say Law Allowing 9/11 Families to Sue Saudi Arabia Has Consequences*, in: abcnews, 28.09.2016, <http://abcnews.go.com/Politics/legal-experts-law-allowing-911-families-sue-saudia/story?id=42432568>.

Thomas Pany, *9/11: Teilsieg für Opferangehörige, die gegen Saudi-Arabien klagen wollen*, bei: Telepolis/Heise, 29.09.2016, <http://www.heise.de/tp/artikel/49/49551/1.html>.

Bernd Pickert, *97 zu 1 gegen Barack Obama*, in: taz vom 30.09.2016, <http://www.taz.de/!5340747/>.

Peter Winkler, *Reue über die eigene Kühnheit*, in: Neue Züricher Zeitung (NZZ) vom 01.10.2016, online <http://www.nzz.ch/international/amerika/usa-jasta-reue-ueber-die-eigene-kuehnheit-ld.119568> (30.09.2016).

ders., *Das Rätsel um 28 geheime Seiten*, in: NZZ vom 13.06.2016, online <http://www.nzz.ch/international/nahost-und-afrika/saudiarabien-und-der-terrorkomplot-von-911-das-raetsel-um-28-geheime-seiten-ld.88210> (11.06.2016).

Patricia Zengerle, *Congress rejects Obama veto, Saudi September 11 bill becomes law*, <http://www.reuters.com/article/us-usa-sept11-saudi-idUSKCN11Y2D1>.

dies./Richard Cowan, *After Rejecting Obama Veto, Lawmakers Now Have Doubts About 9/11 Lawsuit Bill*, Reuters, 30.09.2016, <http://www.reuters.com/article/us-usa-sept11-saudi-congress-idUSKCN11Z25O>.

6.5. Sonstiges

Brief des Abgeordneten Adam Smith (*House Armed Services Committee*) an die Demokraten, veröffentlicht im Blog *Lawfare*, <https://www.lawfareblog.com/letter-rep-adam-smith-opposition-jasta>.

Clifford Chance, *JASTA: Expanded Liability Under US Anti-Terrorism Act*, September 2016, https://www.cliffordchance.com/briefings/2016/09/jasta_expanded_liabilityunder.html.

Chet Nagle, *JASTA: The Anti-Saudi Law Will Hurt Us, Not Them*, in: The Daily Caller, 26.09.2016, <http://dailycaller.com/2016/09/26/jasta-the-anti-saudi-law-will-hurt-us-not-them/>.

European Union, Delegation to the United States of America, Schreiben vom 19.09.2016, veröffentlicht von der Washington Post, 22.09.2016, <https://www.washingtonpost.com/news/powerpost/wp-content/uploads/sites/47/2016/09/EU-on-JASTA.pdf>.

Statement from Director Brennan on Justice Against Sponsors of Terrorism Act, 28.09.2016, <https://www.cia.gov/news-information/press-releases-statements/2016-press-releases-statements/statement-from-director-brennan-on-justice-against-sponsors-of-terrorism-act.html>.

Tom Tugendhat, *Why a US law to let 9/11 families sue Saudi Arabia is a threat to Britain and its intelligence agencies*, 05.06.2016, in: The Telegraph, <http://www.telegraph.co.uk/news/2016/06/05/why-a-us-law-to-let-911-families-sue-saudi-arabia-is-a-threat-to/>.

Zweite Kammer des niederländischen Parlaments, Brief vom 12.07.2016, veröffentlicht von Julian Pecquet bei Al Monitor, *EU Lawmakers warn Congress against Saudi Terrorism Bill*, 13.07.2016, <http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2016/07/european-warn-congress-saudi-terrorism-bill-jasta-911.html#ixzz4Koqusjf2>.